

# Commerz

Zentral-Organ für die Interessen  
der im Handels-, Transport- und Verkehrsgewerbe beschäft. Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.  
Publikationsorgan des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes.

Erscheint jede Woche Sonntags.  
Einzel-Abonnement pro Quart. franco geg. franco 1,50 Mtr.  
Der Courier ist in die Postzeitungliste eingetragen.

Redaktion und Expedition: Berlin SO. 16, Engel-Ufer 21.  
Telephon: Amt IV, 950.  
Geöffnet: 9-1 Uhr vorm., 3-7 Uhr nachm., Sonntags geschl.

Redaktionschluss  
am Montag Abend vor Erscheinen des Blattes.  
Unverlangte Manuskripte werden nicht zurückgeschickt.  
Zuschriften und Mitteilungen an die Schriftleitung.

Jhr. 14.

Berlin, den 7. Juli 1907.

11. Jahrg.

## Vom Genossenschaftstag.

Auf dem diesjährigen Genossenschaftstage, der vom 17.-19. Juni in Düsseldorf stattfand, waren annähernd 500 Delegierte erschienen, die insgesamt 250 Konsumvereine vertraten. Ferner war die internationale Konsumbewegung vertreten durch den Verkehrsminister Dr. Socin-Högström-Kopenhagen, aus England war der Generalsekretär Graf, Direktor Warwick und Coobach-Mandelscher erschienen, Frankreich war durch Herrn Dr. Mail-Paris, Holland durch Unterstaatssekretär Dr. Elias und Herrn Coobach, Belgien durch Serwin, Oesterreich durch Sekretär Einer-Mien, die Schweiz durch Direktor und Glattfelder-Basel, Schweden durch Direktor Palmann-Gloholm, Norwegen durch den Präsidenten Marzow, Finnland durch Välsäki, die International Cooperative Alliance durch den Präsidenten Henry-Wolf-London vertreten.

Die Generalkommission hatte Umbreit, der Lagersarbeiterverband Oberle, der Transportarbeiterverband Dreher und Schulz, der Bäderarbeiterverband Altmann erkrankt. Ebenso haben die Verbände der Lagerarbeiter und Handlungsgehilfen Beauftragte delegiert.

Am Abend des 17. Juni fanden sich die Delegierten zur Eröffnung des Genossenschaftstages in der Tonhalle zusammen. Es wurden die üblichen Begrüßungsreden seitens der ausländischen Genossenschaftsvertreter gehalten. Auch die Gewerkschaftsvertreter sollten dabei an die Reihe kommen, als aber seitens des Vorsitzenden gefragt wurde, wer von diesen das Wort wünsche, erfolgte keine Antwort. Es war unter den Gewerkschaftsvertretern diesbezüglich keine Verabredung getroffen worden, desto bereiter war daher ihr Schweigen.

Am nächsten Tage gaben zuerst der Vorsitzende Kadefford und der Sekretär H. Kaufmann eine Ergänzung des gedruckt vorliegenden Berichtes, aus dem kurz folgendes hervorgehoben sei:

Die Zahl der dem Zentralverband angeschlossenen Genossenschaften betrug Ende 1906 929 gegen Ende 1905, die Mitgliederzahl der Vereine stieg im letzten Jahre von 719.000 auf 787.000, also um 12 pCt., der Umsatz von 230 auf 258 Millionen, gleich 12 pCt.; der Kleinvertrieb schließlich betrug 19% Millionen Mark. Der prozentuale Zuwachs sei geringer als in den früheren Jahren. Kostentilgung sei nicht schon jetzt der Stützpunkt, sondern nur ein vorübergehender Stillstand eingetreten. Innerhalb der einzelnen Konsumvereine sei dieser Stillstand dadurch zu erklären, daß in den Generalversammlungen 300 oder 400 Anwesende über das Wohl und Wehe vieler Tausender Mitglieder entscheiden.

Hier müsse durch Einrichtung einer Delegierten-Körperschaft, die das Genossenschaftsgesetz nicht an Stelle, aber neben den Generalversammlungen zulasse, Abhilfe geschaffen werden. Kann man im Besonderen die Errichtung der eigenen Verlagsanstalt des Zentralverbandes der Konsumvereine, die auch das Verlagsgeschäft betreiben und dadurch die Agentenprovision für die Genossenschaft erhalten soll. Der Mitarbeiterverband verdiene an diesem Geschäft außer großen Vorteilen für seine Mitglieder jährlich bar 20.000 Mark. Der Redner empfahl daher folgende Resolutionen:

Der Genossenschaftstag des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine empfiehlt den Verbandsvereinen aufs dringende, alle Versicherungen gegen Unfall, Haftpflicht, Feuerfahden, Einbruchdiebstahl, Glasfahden, Wasserleitungs-fahden und dergleichen nur durch das Sekretariat des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine bei den durch dasselbe empfohlenen Versicherungs-Gesellschaften abzuschließen.

Später sei in Aussicht zu nehmen die Errichtung einer besonders juristischen Zentralanstaltstelle und eine Ausdehnung der literarischen Arbeiten des Verbandes.

Voraussetzung für diese weiteren Fortschritte sei, daß die Mitglieder genossenschaftliche Treue üben. Diese aber wieder ruhe auf zwei Fundamenten. Zunächst auf der absoluten Neutralität der Genossenschaften.

Wenn Prof. Combar in seinem „Sozialismus und Sozialbewegung“ die Genossenschaftsbewegung als einen Teil der sozialen Bewegung der Arbeiterklasse

ansehe und ihr das Ziel zuweise, zur Umwandlung der kapitalistischen in die sozialistische Gesellschaftsordnung beizutragen, so sei das genau ebenso falsch, wie wenn man in den 60er Jahren die Konsumvereinsbewegung als einen Teil der liberalen anti-sozialistischen „Selbsthilfe“ angeprochen habe. Die Genossenschaftsbewegung sei so unendlich reich, daß jeder in ihr das zu finden glaube, was er suche. Die Konsumvereinsbewegung lehne es glatt ab, sich zu einer Seite des proletarischen Klassenkampfes machen zu lassen; ebenso sehr lehne er es natürlich ab, sich gegen irgend eine Form der Arbeiterbewegung auszuspielen zu lassen. Das eine wie das andere wäre ihr Untergang.

Wirth-München sprach dann über den Ausbau des Zentralverbandes. Die von ihm begründeten Vorschläge des Vorstandes gehen dahin, in jedem der sieben Revisionsverbände einen Beamten anzustellen, die Funktionen der Zentralverwaltung scharf von denen der Revisionsverbände zu trennen und das bisherige „Strafvereinsratsblatt“ zu einem „Konsumgenossenschaftlichen Volksblatt“ auszubauen.

Die Debatte drehte sich um die Befugnisse und Aufgaben der anzustellenden Beamten. Fleischer-Dresden tadelt, daß der reiche sächsische Konsumvereinsverband die Stellung seines Beamten mit 2400 Mark ausgeschrieben habe. Arnold-Wölfling: Wenn wir hohe Gehälter bezahlen, dann verlassen wir das Prinzip der Konsumvereine, den Mitgliedern die Bedarfsartikel billiger zu liefern. (Widerpruch.) Wir können nur soviel zahlen, daß die Beamten gerade auskommen können, im übrigen müsse er Selbstlosigkeit genug besitzen, immer die Achtung bei der Arbeit zu empfinden. (Lachen.) Frauen Sie doch bei sich selbst an! Kadefford erwidert, die internen Streitigkeiten des sächsischen Verbandes doch auf dem sächsischen Unterverbandstage auszutragen. Referent Direktor Wirth-München tritt im Schlußwort unter lebhaftem Beifall für angemessene Bezahlung der Verbandsbeamten ein. Bei allem Idealismus dürfe man sie nicht hungern lassen.

Die Tagesvorlesung wird darauf einstimmig angenommen.

Der nächste Tag brachte dann die Besprechung der Tätigkeit des Tarifamtes und der Unterstützungs-kasse.

In der Tätigkeit des Tarifamtes und den Tarifverhandlungen mit anderen Gewerkschaften lag folgender Antrag des Referenten, des Vorstandes und des Ausschusses vor:

Der vierte oberste Genossenschaftstag des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine erklärt: Genossenschaftliche Lohn- und Arbeitskämpfe können nicht auf solchen Prinzipien aufgebaut werden, deren Durchführung bei den konkurrierenden Privatbetrieben noch in weiter Ferne liegt.

In eigenen Interesse müssen die Genossenschaften das Streben ihrer Arbeiter und Angestellten zwecks Erreichung solcher sozialwirtschaftlichen Ziele nach Kräften unterstützen und bemüht sein, aus eigener freier Entscheidung die angestellten prinzipiellen Forderungen in den genossenschaftlichen Betrieben mehr und mehr zu verwirklichen.

Der Genossenschaftstag muß es jedoch ablehnen, schon heute solche Forderungen zu realisieren, welche weit über das hinausgehen, was die Gewerkschaften bei den privaten Unternehmern verlangen und durchzuführen vermögen, und durch welche unter den gegebenen Verhältnissen eine große Anzahl genossenschaftlicher Betriebe konkurrenzunfähig gemacht und damit ihnen, sowie zugleich auch den von ihnen beschäftigten Personen, die Existenzmöglichkeit geraubt würde.

Bezüglich der Forderungen der Lagerhalter und Handlungsgehilfen erklärt der Genossenschaftstag:

Die eingereichten Tarifforderungen zurzeit allgemein durchzuführen, würde den Mann einer großen Zahl von Genossenschaften zur Folge haben. Er behauert deshalb — bei aller Sympathie für die Bestrebungen der Angestellten in dieser Richtung — dennoch den Abschluß von Tarifen auf dieser Basis ablehnen zu müssen und erwartet, daß die Angestellten und Arbeiter aus prinzipiellen, praktischen und

moralischen Gründen, in ihrem eigenen Interesse und im allgemeinen Interesse des Fortschritts des Genossenschaftswesens bei ihren Tarifforderungen mehr als dies bisher geschehen, die realen Verhältnisse berücksichtigen.

Der Genossenschaftstag beauftragt die zu diesem Zwecke gebildeten Instanzen des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine in eventuell gewünschte Verhandlungen mit den Vertretern jener Organisationen einzutreten. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, daß

1. die gleiche Bezahlung der Lagerhalter und Lagerhalterinnen,
2. die Festlegung der Umschläge der Verkaufs-kraft

für die Konsumvereine des Zentralverbandes unannehmbar sind.

Sollten die Gewerkschaften der Lagerhalter und Handlungsgehilfen bei der Fortsetzung der Verhandlungen auf diesen Forderungen beharren, so sind zurzeit die Instanzen des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine gezwungen, die Verhandlungen einzustellen, da alsdann der Abschluß von annehmbaren Tarifverträgen ausgeschlossen erscheint.

Der genossenschaftliche Vorsitzende des Tarifamtes, v. Elm, berichtet über die Tätigkeit der genannten Institution und die Durchführung der mit den Bädern und Transportarbeitern abgeschlossenen Tarife. Der Leitender Genossenschaftstag habe dem Tarifamt die Aufgabe übertragen, die Ortsaufträge einer Revision zu unterziehen.

Die Arbeiter der beiden Gewerkschaften glaubten nun, in den Ortsaufträgen ein bequemes Mittel zur Erhöhung ihrer Löhne zu finden. Und wir hatten infolge dessen das Vergnügen, fortgesetzt über Anträge auf Erhöhung der Ortsaufträge zu beraten, die aus allen Teilen Deutschlands einliefen, immer mit derselben Begründung: die Verteuerung der Lebensmittel.

Das Tarifamt habe den Vorschlag zum Muster genommen, dessen Vermehrung der Ortsaufträge auf der amtlichen Anstalt von 650 deutschen Städten über die Preise der Wohnungen, Lebensmittel und Kohlen am Orte verkauft. Eine Abweichung sei nur dann zugelassen worden, wenn entweder der Verein oder die Arbeiter den Nachweis führten, daß die Anstalt der Ortsbehörde falsch sei, oder beide Teile sich friedlich über eine anderweitige Regelung verständigten. Wannen hat eine Erhöhung des Ortsauftrages auf 25 pCt. angenommen, es hat dabei wohl mehr nach seinen subjektiven Empfindungen gehandelt als nach den tatsächlichen Verhältnissen. So wird den Leuten, die etwas sozialpolitisches Verständnis zeigen, denen die Grundätze der Krämmer nicht oberstes Gesetz sind, ob ihrer arbeiterfreundlichen Stellung seitens des Tarifamtsvorsitzenden noch ein gewisses Mitleid erteilt. (D. H.) Der Tarif mit den Transportarbeitern sei überall anerkannt und durchgeführt zu werden. (Das ist nicht der Fall. Bis zum Schlusse des Jahres 1906 ist der Tarif nur von 35 Genossenschaften, der Großverkaufs-gesellschaft und der Verlagsanstalt anerkannt worden. Verbesserungen eingeführt, aber nicht den ganzen Tarif angenommen haben 16 Genossenschaften, während 14 solcher die Einführung des Tarifes gänzlich ablehnten. D. H.) Hingegen seien Klagen über die Durchführung des Bädertarifes aus nicht weniger als 71 Vereinen gekommen. Auf eine Anfrage hätten 24 geantwortet, sie anerkannten den Tarif materiell, nur nicht formell. Die anderen Vereine hätten zum Teil geantwortet, ihr Betriebe seien noch zu klein, um die Tarifstellungen über Arbeitszeit und Ferien durchzuführen. Die Bäder haben ihren Tarif gekündigt, weil die geleerten Bäder im Lohne nicht schlechter stehen wollten als die Lagerarbeiter. Der Vorwurf, der aus Süddeutschland dem Tarifamt gemacht, dasselbe arbeite vom grünen Tisch, weiß Fleischer aufzuklären. Nach dem neuen Tarif beträgt der Minimallohn 23 Mtr., jedoch können Orte mit weniger als 10.000 Einwohnern 2 Mtr. unter diesen Minimallohn herunterzuziehen. Die Bestimmungen haben keine Ansetzungen erfahren, dagegen sind bezüglich des Arbeitsnachweises oft Bedenken geäußert. Um Mißbilligkeiten zu vermeiden, ist bei Besetzung fester

Stellen der Zentralarbeitsnachweis in Anspruch zu nehmen. Der Wäckerverband habe das größte Interesse, den Vereinen tüchtige und brauchbare Arbeitskräfte zu stellen, da in der Entwicklung der Konsumbädereien die Entwicklung des Wäckerverbandes liegt.

Der Zentralverband der deutschen Konsumvereine habe durch Abschließung der geschützten Tarife das geleistet, was möglich war und dabei sei der Vorwurf der Lagerhalter, der Zentralverein sei ein Hemmschuh auf sozialpolitischem Gebiet unberechtigt und falsch. Die Tarifforderungen der Lagerhalter und Handlungsgehilfen seien auch gar keine Forderungen, sondern ein Zukunftsprogramm, welches heute, wenn der Zentralverein diese Wünsche befriedige, zum sicheren Mutus der Konsumvereine führen müßte, und an deren Durchführung in den beteiligten Privatindustrien die beteiligten Verbände noch auf Jahre hinaus nicht denken würden.

Die Zimmungen der Lagerhalter und Handlungsgehilfen seien ja sehr schmeichelhaft für die Leistungsfähigkeit der Konsumvereine, aber die Genossenschaftler könnten nicht in mitten der kapitalistischen Wirtschaftsordnung ein Stück Zukunftsstaat aufbauen. Die Genossenschaftler hätten nicht Lust, auf Utopien eben zugrunde zu gehen.

Man fordert den 8 Uhr-Abendzuschlag an allen Wochentagen. An den fünf ersten haben ihn die Konsumvereine eingeführt, am Sonnabend nicht, weil sie es nicht können, solange die Fabriken erst am Sonnabend die Löhne auszahlen, so daß die Arbeiter erst nach 8 Uhr ihre Einkäufe besorgen können. Die übliche Sonntagsruhe ist unüberwindlich, schon aus dem Grunde, weil die Konsumvereine auch mehr und mehr den Mittelverkauf übernehmen, und diese doch auch am Sonntag frisch geliefert werden muß. Es ist gar nicht zu wünschen, daß wir zu einem britischen Sonntag nach englischen Muster kommen, wo keine Eisenbahn fährt, kein Kellner bedient, kein Vergnügen möglich ist.

Nicht mit den Großbetrieben dürfen die Konsumvereine verglichen werden, sondern mit den Krämerern. Denn wirtschaftlich seien die deutschen Konsumvereine noch Krämerer. Für die Forderungen der Lagerhalter, wöchentliche Sonntagsruhe, ein freier Ausgegah in der Woche, Gleichstellung der männlichen und weiblichen Lagerhalter, die vorgeschlagenen Mindestferien, Höchstumsätze und Mindestlöhne habe der gesamte Ausschuss des Zentralverbandes nur ein Unannehmbar als Antwort gebabt. Die Bewilligung solcher Forderungen würde die Entwicklung der Konsumvereine selbst auch in den großen Städten, in welchen die Bewegung noch schwach ist, unmöglich machen, würden den Uebergang zur Eigenproduktion im höchsten Maße erschweren. Niemand kann leugnen, daß wir viel mehr für die Arbeiter geteilt haben als die Konkurrenz. Das Tempo der sozialpolitischen Fortschritte in den Genossenschaften ist schon ein etwas zu schnelleres, die Interessen der Konsumenten nicht förderndes gewesen. Wir sind auch bestrebt, ehrlich weiter zu arbeiten an der Besserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse, aber wir können die Gewinne der Konsumvereine-Organisation nicht für die letzten wenigen Angelegenheiten der Konsumvereine monopolisieren lassen. Wir wollen die Gewerkschaftsführer in ihrem eigenen Interesse, den Genossenschaften die weitere Entwicklung unmöglich zu machen. Die Genossenschaft ist der Friede, aber nicht der Friede um jeden Preis, nicht der Rückschritt, der alle Zukunftshoffnungen der Genossenschaften begräbt. Heute gilt es, einmal öffentlich auszusprechen, was ist. An der Diskussion erhebt zunächst der gewerkschaftliche Vorbehalt des Tarifamtes, Kollege Dreher, das Wort. Als ihm das Wort erteilt wird, erhebt sich ein kleiner aber bezeichnender Zwischenfall.

Mehrere Genossenschaftler rufen: „Schulzt! Im Tarifamtsvorbehalt“ und bekunden dadurch, daß sie all die vielen Tarifamtsfragen und Beschlüsse gar nicht gelesen, sich nur die Zusammenfassung des Tarifamtes überhaupt nicht gekümmert haben.

Dreher sagte aus, daß es ganz erklärlich sei, wenn vorläufig noch auf beiden Seiten nicht das volle Verständnis für die neuen tariflichen Einrichtungen vorhanden sei. Die Gewerkschaften ständen ganz auf dem Standpunkt, daß die Genossenschaften nicht dazu da seien, höhere Löhne und längere Arbeitszeit zu gewähren als die Privatbetriebe, sie sollten nur den vorbildlichen Privatbetrieben folgen. Leider ist die Ansicht über solche Gleichstellung nicht bei allen Vereinen betätigt, ja es sind direkt Verstöße gegen die Tarifverträge vorgekommen, indem man in einzelnen Orten vollständig unorganisierte Arbeiter eingestellt hat. Auch muß mit der Praxis gebrochen werden, daß die gelerntten Arbeiter gegen die ungelerten anspricht werden. Wir stellen uns die Aufgabe des Tarifamtes anders vor, als Gen. Elm. Das Tarifamt sollte aus sich heraus eine Regelung der Ortszuschläge herbeiführen; leider hat der Vertreter der Wäcker einen Antrag zugestimmt, der den Buchdrucker tarif als diesbezügliche Grundlage nimmt. Die Delegierten werden ja am eigenen Leibe empfinden haben, daß Düsseldorf eine lehrere Stadt ist wie Breslau, mindestens so teuer wie Leipzig. Dennoch hat diese Stadt nur einen Ortszuschlag von 15, die anderen Städte aber 17½—20 pCt. Es ist sehr bedauerlich, daß den Darmern von dieser Stelle aus noch Vorwürfe gemacht werden, daß sie so verurteilt gewesen sind, einer entsprechenden Erhöhung des Ortszuschlages zuzustimmen; das war nicht ihre subjektive Auffassung, wie v. Elm meint, sondern ihr sozialpolitisches Verständnis. Wenn die Genossenschaftler in der Nachbarschaft Oberfeld nicht so weit sind, dann sind diese eben sozialpolitisch sehr rückständig; sie haben ja auch den Tarif nicht anerkannt und für sich selber eine Extravertul gebeten.

Daß die Konsumvereinsarbeiter verschiedene Anträge auf Erhöhung der Ortszuschläge stellen, das liegt wohl in den wirtschaftlichen Verhältnissen begründet, es ist wirklich nicht schön, ihnen daraus hier noch Vorwürfe zu machen. Wenn Elm meint, daß die Erhöhung des Ortszuschlages in Berlin schon ein zu weites Entgegenkommen war, so will ich ihm nur bemerken, daß die Löhne der Berliner Konsumvereinsarbeiter auch bei 30 pCt. Zuschlag weit hinter denen, durch Tarif festgelegten, in Privatbetrieben bezahlten zurückbleiben.

Gerade die Bestimmungen des Tarifes über den Arbeitsnachweis werden vielfach nicht innegehalten. Das ist besonders in Rheinland-Westfalen der Fall. So haben die Genossenschaften in Elberfeld, Remscheid, Barmen, Dortmund und Essen erst kürzlich Arbeiter und Führerleute eingestellt, ohne dem Arbeitsnachweis des Verbandes auch nur Mitteilung davon zu machen. Die Genossenschaften sollen keine Versorgungsanstalten sein; sie werden es aber, wenn man sich bei Kleininstellungen nicht strikte an den gemeinschaftlichen Arbeitsnachweis hält, dann kommt nichts anderes dabei heraus.

Wenn v. Elm glaubt, das Tempo der Sozialreform in den Konsumvereinen sei ein zu schnelles, so ist das wohl eine Kenntnislosig aus dem alten Reichstage, wo die Konservativen dem Grafen Posadowski denselben Vorwurf machten. Es ist wohl nur eine subjektive Auffassung, v. Elm zu glauben, die Konsumvereine hätten in ihrer Sozialpolitik ein Autonomietempo eingeschlagen und die Sozialpolitik der Konsumvereinsarbeiter sei schon voll. Die Konsumvereinsarbeiter sind mit mehr Recht entgegengekehrter Meinung; das Tempo des Aufstieges der Arbeiterklasse kann nie ein zu rasches sein.

Was Elm über Sonntagsruhe und Abendzuschlag gesagt hat, ist längst durch die Tatsachen widerlegt; sie können also wirklich keine Utopie sein. Auch die Gewerkschaften können utopische von realisierbaren Forderungen unterscheiden.

Die Genossenschaften mögen sich ein Beispiel an ihren englischen Kollegen nehmen, die ihnen gestern hier erzählt haben, sie hätten dort die 44 stündige Arbeitszeit pro Woche eingeführt.

Der Transportarbeiterverband wird den einmal abgeschlossenen Tarif unüberdächlich halten; nach Ablauf werden wir andere Forderungen stellen, denn auch die Gewerkschaften wollen nicht den Frieden um jeden Preis.

Zwei Millionen deutscher Arbeiter seien gewerkschaftlich organisiert. Von ihnen hänge der Fortschritt der deutschen Genossenschaftsbewegung ab. Deshalb sollten die Genossenschaften im eigenen Interesse sich des Goetheschen Wortes erinnern:

„Manu mit zunehmenden Tafen,  
Dir tut niemand was zu lieb,  
Hand wird nur von Hand gewaschen,  
Wenn du nehmen willst, so gib!“

Um 6 Uhr in Berlin (Vertreter der Generalkommission): Alle bisher abgeschlossenen Tarife zwischen Gewerkschaft und Genossenschaften sind ohne Rücksicht auf die konkurrierende Privatindustrie abgeschlossen worden. Aber finden Sie außerhalb der Genossenschaften den Achtungsdank der Wäcker anerkannt? Bisher war es stets der Stolz der deutschen Konsumvereine, daß die Arbeitsverhältnisse in ihnen mindestens so gut sein sollten wie in den vorgeschrittenen Privatbetrieben. So muß es auch bleiben, sollen nicht die Gewerkschaft und Genossenschaftsbewegung Angriffspunkte gegen sich schaffen. Die Resolution will eine Plauer gegen jedes weitere Vorwärtskommen errichten. Das ist für die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft Deutschlands unerträglich. Die deutschen Konsumvereine müssen vorsichtig, aber nicht ängstlich und kurzfristig sollen die Konsumvereine geleitet werden. Durch einige Absätze der Resolution würde das friedliche Zusammenarbeiten zwischen Gewerkschaft und Genossenschaft gefördert. Die Billigung dieser Vorschläge würde zu einer Gefahr für die organisierten Arbeiter werden können, da die Gewerkschaften nicht darauf verzichten können, Forderungen betreffend der Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu stellen. Die Konkurrenz könne dabei nicht berücksichtigt werden, sie könne es schon aus dem Grunde nicht, weil die Genossenschaften als eigene Betriebe der Arbeiter angelegen werden, und um Theorie und Praxis mit einander in Einklang zu bringen, müssen einzelne Genossenschaften ihren kleinen Standpunkt, den sie redt oft in dieser Frage einnehmen, aufzugeben.

Es sprechen dann noch der Vertreter der Tabakarbeiter, Gerber, der Handlungsgehilfen, Josephsohn, der Wäcker, Altmann und der Lagerhalter gegen die Annahme des vorgelegten Antrages. Betreffs der Lagerhalterinnen wird betont, daß gleicher Lohn für gleiche Arbeit eine Forderung der Gewerkschaften sei, die unbedingt auch für die Konsumvereine gelten müsse. Von diesen Rednern wird durchweg hervorgerufen, daß keine Gewerkschaft den Mut der Konsumvereine wolle. Aber gute und gesunde Arbeitsverhältnisse zu schaffen, sei die Pflicht der Genossenschaften, wenn sie ihre Aufgabe erfüllen wollen.

Nach den Gewerkschaftsvertreter ergreifen eine große Zahl von Genossenschaftlern aus allen Gegenden des Reiches das Wort, um die Forderungen der Lagerhalter für übertrieben und unannehmbar zu erklären. Sie stellen sich durchweg vollständig auf den Boden der Resolution. Im Schlußwort wiederholt Elm seine prinzipiellen Anschauungen über die Sozialpolitik in den Konsumvereinen, die Konsumvereine werden sich nie das Recht nehmen lassen, über das Maß dessen, was sie ihren Arbeitern gewähren können, selbst zu entscheiden, ebenso natürlich auch über das Tempo. Es sei für die Transportarbeiter bezeichnend, daß sie den Tarif als eine Abschlagszahlung bezogen hätten. Wenn Dreher sage, die Genossenschaftsvertreter hätten im Tarifamt volle Schuldtigkeit im Interesse der Genossenschaften getan, so könne er sagen, Dreher habe im Interesse der Gewerkschaftler wie ein Löwe gekämpft, habe aber doch schließlich unterliegen müssen. Der Redner bittet, den Wäcker tarif unüberändert und ebenso die Resolution anzunehmen.

Dem wäre hinzuzufügen, daß den Ausführungen von Elm's freisinniger Weisheit, denen der Gewerkschaftler einige Stille folgte.

Zum Wäcker tarif halten die Sachen zwei Amendements gestellt, den Arbeitsnachweis und die Regelung der Buchhalterfrage betreffend, dies obwohl die Vereinbarungen zwischen den nachgehenden Zentralverbänden bereits abgeschlossen waren. Ueber diese Anträge wird zuerst abgestimmt und sie werden angenommen. Darauf folgte eine hochdramatische Szene. Der Vertreter der Wäcker erklärte, durch die sächsischen Anträge sei es dem Wäckerverband unmöglich geworden, dem so verschlechterten Tarife seine Zustimmung zu geben. Vergewens springt Heinrich Kaufmann für eine nochmalige Abstimmung in die Bresche, vergebens beantragt der ehrwürdige Prof. Staudinger dasselbe. Der Antrag wird rundweg abgelehnt.

Nun soll die Wahl der Tarifamtsvertreter stattfinden. Kaufmann erklärt, daß nunmehr ein Tarifamt ja gar nicht mehr existieren könne, da ja nur noch eine Gewerkschaft im Tarife sei. Lorenz lehnt eine Wahl als Tarifamtsvertreter unter solchen Umständen ab, auch von Elm sieht sich gezwungen, dasselbe zu tun, dieser Beschluß geht auch ihm, der die sozialpolitische Rückständigkeit der Genossenschaften soeben in allen Zonen als eine große genossenschaftliche Tat hingestellt hatte, über die Kaufmann. Man sieht es den führenden Genossenschaftlern an den Gesichtern an, diese Blamage ist ihnen unangenehm, aber, es geht ihnen, wie Göthes Jamboserklering, die Geister, die sie trafen, die werden sie nun nicht los. Unter solchen desarmen, deprimierenden Klängen wird die Sitzung geschlossen.

Am nächsten Tage gelang es dann den Weißlichtigen, die Sache zur Not wieder auszuklären. Uns geht darüber folgender Bericht zu:

**Sonderversammlung der Konsumvereine, die Wäckerien betreiben, aus Anlaß des Düsseldorf Genossenschaftsanges am 20. Juni 1907.**

Auf Beschluß des Vorstandes und Ausschusses des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine wurden während der Generalversammlung der Großhandels-Gewerkschaft Deutscher Konsumvereine diejenigen Vereine, die Wäckerien betreiben, zu einer Sonderversammlung eingeladen. Vorstand und Ausschuss in Verbindung mit dem Vorstande des Wäckerverbandes beantragten bezüglich der geleisteten Verhandlungen über den Wäcker tarif ein Kompromiß, welches dahin geht, daß die Genossenschaften die Arbeitsnachweis-Vestimmungen des Wäcker tarifes anerkennen, während die Gewerkschaft der Wäcker auf die Bestimmungen bezüglich der Buchhalter verzichtet. Ferner sollen der Vorstand der Wäcker und die Mitglieder der Tarifkommission damit beauftragt werden, eine Geschäftsaufweisung für den Betrieb der Wäckerarbeiternachweise auszuarbeiten.

Nach einer eingehenden Begründung dieses Antrages durch den Vorsitzenden Nabelock und eingehender Debatte wurde einstimmig beschlossen, diesen Kompromißantrag bei denjenigen Vereinen, welche nach der Präsenzliste an dem Genossenschaftstage teilgenommen haben, zur schriftlichen Abstimmung zu bringen. Vorstand und Ausschuss wurden mit der Ausführung dieses Beschlusses betraut. Zugleich soll bei dieser Abstimmung auch über die Wiedereröffnung des Tarifamtes in der bisherigen Form und mit den bisherigen Mitgliedern Beschluß gefaßt werden. Durch die Abstimmung soll jedoch nur ein Provisorium geschaffen werden, das bis zum nächsten Genossenschaftstage Gültigkeit hat, damit nicht eine tariflose Zeit und eine Störung in den Arbeiten des Tarifamtes entsteht. Die anwesenden bisherigen Mitglieder des Tarifamtes erklärten sich bereit, im Falle der Annahme dieser Anträge wieder in ihre Funktion eintreten zu wollen.

Die Gewerkschaftler haben an dem Genossenschaftstag keine hohen Erwartungen gestellt. Wir wissen, daß die Masse der Konsumvereinsvereinigungen nicht über Nacht aus krämerischen Saiten in sozialdenkende Bausteine umgewandelt werden können. Dazu hängt ihnen wirklich noch zu viel altes Krämerisches Klebrigkeit an den Föhren. Wir haben aber wenigstens geglaubt, jene führenden Genossenschaftler, die in politischer und gewerkschaftlicher Beziehung sonst ihren Namen gestellt haben, würden verstehen, im sozialfortschrittlichen Sinne auf die Verwaltungsmittelglieder der Konsumvereine einzutreten und sie allmählich zu sozialdenkenden Menschen zu erziehen. Nach der programatischen Düsseldorf Rede des Genossen v. Elm, der seine Ausführungen selbstverständlich im Sinne und mit der Zustimmung der führenden Genossenschaftler gemacht hat, gestehen wir zu: wir haben uns getäuscht. Schon die höhnende Form der Rede und der ganze Ton, auf den sie gestimmt war, mußte auch den schmieglamfamen Gewerkschaftler zum energischen Protest herausfordern. Auch ein Vallin, ein Stinnes, ein Wiegand, ein Felsch, ein Mite, ein Reichenstein, will nicht mehr als das Maß der Verbesserungen und Begünstigungen, die den Arbeitern gewährt werden sollen und das Tempo, in dem dies geschieht, selbstverleihen zu bestimmen. Auch diese Leute wollen nur den wirtschaftlichen Absolutismus der Arbeitgeber, den von Elm als Programm der Genossenschaften zu verstanden für gut befand. Und was v. Elm bezüglich des Abtuhrtabenschlusses gesagt hat, macht das Herz aller reaktionären Krämerleuten höher schlagen, ist Welt von ihrem Geiste. Anfangs und Mitte der neunziger Jahre haben, belläufig gesagt, die „Kolonialwarenzeitung“ und andere „fortschrittliche“ Blätter der Krauter des Handelsgeribes, dieselbe Sorte Schwarz, Kohl angebaut, und von Elm gebührt nur das Verdienst des Wiederaufwärmens. Weiteres halten wir für überflüssig dazu zu sagen.

Das Arbeitsvertragsrecht bei der Festlegung der Lohn- und Arbeitsbedingungen werden sich die Gewerkschaften in den Genossenschaften erst recht nicht nehmen lassen. Auch mit Genossenschaften vereinbarte Tarife werden stets nur Abschlagszahlungen für die Gewerkschaften sein, Stufen, auf denen der Weg in fortgeschrittener Entwicklung nach oben führt, niemals darf es da Stillstand geben, wie auch für die Entwicklung der Genossenschaften der Stillstand gleichbedeutend mit der Nachverringern und beginnenden Abstieg wäre. Wenn v. Elm der Wäcker bezuglich der führenden Genossenschaftler, denen gewiss eine höhere Entlohnung mit Recht zukommt, das Wort redet, dann sollte er auch nach unten, dort wo der Hungerriemen noch schmerzhafter auf die Magenwände drückt, das Gleiche nicht verflammen, will er nicht, daß man mit

mehr oder weniger Recht behaupten darf, in den Genossenschaften werde mit zweierlei Maß gemessen. Letzteres zu vermeiden, und um eine Dofs mehr sozialen Geist in die Genossenschaften hineinzutragen, muß es Aufgabe aller organisierten Arbeiter sein, Mitglieder der Konsumvereine zu werden und den Krämergeist zum Tempel, je eher desto besser, hinauszujagen und sozial fortschrittlichen Geist in nicht zu geringen Quanten dort hineinzutragen. Das tut dem Gedelhen der Genossenschaftsbewegung bitter not.

**Die „Bedag“ und ihre Fahrer.**

In voriger Nummer haben wir den Geschäftsbericht der Berliner Elektromobil-Droschken-Aktiengesellschaft, kurz gesagt der „Bedag“ veröffentlicht. Wie sieht es denn nun im Betriebe des „Bedag“ im allgemeinen aus? Bei dem Entfiebern der Gesellschaft scheint man sich dem bekannten Sprichwort angeschlossen zu haben: „Nobel muß die Welt zu Grunde gehen“. Abgesehen davon, daß die Einrichtungen in jeder Beziehung der Zeitzeit und dem Komfort entsprechen, hat man es nicht unterlassen, nach außen hin auch für nötige Bekanntheit zu sorgen. Als bei der „Bedag“ 11 Wagen in Betrieb waren, besaßen sich schon 13 Hagenannte Stehwagen-Proletariat dort, vom ersten Direktor angefangen bis zum Piloten, jebeifalls wurde nicht berechnet, ob diese genannten 11 Wagen so viel Einnahmen erzielen, um die Unkosten, die die 13 Herren verursachen, zu decken.

Nun wäre ja dagegen nicht viel einzulwenden, da die „Bedag“ damit umging, ein Monopol im Droschken-Straßenverkehr für Berlin zu schaffen und die Zahl der Droschken in ihrem Fuhrpark auf 1000 zu bringen. In einem derartigen Betrieb gehören aber ausserordentliche sachmännliche Kräfte, nicht wie es bisher bei der „Bedag“ war, daß durch eine Anzahl simpler Antreiber das Unternehmen als „gefeitert“ erscheint. Vor allen Dingen dürfte nicht vergessen werden, daß die „Bedag“ ein Fuhrunternehmen größeren Stils darstellen soll. Ein derartiges Unternehmen kann wohl nicht von Bierverlegern, Fahrradhändlern, Wäschehändlern, Heringshändlern, Schnapsreisenden oder ehemaligen Schützen etc. geleitet werden.

Die Leitung der „Bedag“ hat das Unternehmen aber wohl hauptsächlich als persönlichen Sport betrachtet. Denn es genügt nicht, daß die Herren Direktoren sich den Luxus eines kostspieligen Privat-Autos erlauben, es mußte gewöhnlich auf diesem noch ein Diener neben dem Chauffeur sitzen. Es soll wohl ganz angenehm sein, diese Unnehmlichkeit auch auf die Familie und Bekannntkreise ausdehnen zu können, ob es für das Unternehmen vorteilhaft ist, steht auf einem anderen Blatt. Nun wollen wir damit nicht sagen, daß die Herren nur immer spazieren gefahren sind — keineswegs. In solchem Betriebe gibt es allerlei Geschäftsfahrten und kommt es auch nicht darauf an, wenn die Herren außerhalb des Betriebes ihren Geschäften nachgehen müssen. Denn bei einem Aufsichtspersonal von 3 Direktoren, 5 Inspizitoren, 8 Buchhaltern, 4 Kontoristen, 3 Lagerverwaltern usw. wird ein Betrieb von ungefähr 60 Wagen nicht so leicht vernachlässigt. Einzelne Herren glauben nun den Betrieb durch mittelstättliche Erziehung der Fahrer in die Höhe bringen zu können. Den ersten Versuch machte der Direktor Weiser, indem er zu einer sehr frühen Morgenstunde, wo man die besseren Leute erst nach Hause kommen sieht, auf dem Betriebshof verschiedene Ungehörigen vorführen ließ. Dann kam der berühmte Herr Vorreiter, eine Zeitlang auch Kollege gewesen, der eine mehrere Seiten umfassende Arbeitsordnung abfaßte. Wir schreiben feinerzeit folgendes darüber:

Bei der Gesellschaft „Bedag“, Chausseestraße 121, ist ein Herr Ingenieur Vorreiter in Stellung, welcher es sich angelegen sein ließ, die Straumtheit und Disziplin unter den Angestellten zu fördern. Dies ging aus einem Arbeitsvertrage hervor, welchen die Gesellschaft „Bedag“ eines schönen Tages anging, und welcher von den Führern unterschrieben werden sollte. In diesem Vertrage, als dessen Verfasser Herr Vorreiter genannt wurde, wimmelte es nur so von Strafen. Für alle möglichen und unmöglichen Verfehlungen seitens der Führer werden hohe Strafen vorgesehen.

Wie vorauszu sehen, hatte die Direktion mit dem Arbeitsvertrag bei den Führern keine Gegenliebe gefunden, und da keiner einen derartigen Mias unterschreiben wollte, mußte sie nachgedrungen denselben zurückziehen. Wenn wir nicht irren, hatte sich Herr Vorreiter einmal den Angestellten gegenüber geäußert, daß, als er in Köln in Stellung war, er die ihm unterstellten habe antreten lassen, um sie zu mustern. Diese Kaiserhofschamantener wollte dieser Herr auch bei der Gesellschaft „Bedag“, wie es scheint, einführen, er hat aber hiermit wenig Glück gehabt.

Derartige Versuche sind nun fortwährend gemacht worden. Den Vogel hat in dieser Beziehung aber ein Inspektor namens Salbrich abgeschossen. In diesem Herrn hat das Militär eine nicht zu unterschätzende Kraft verloren. Seit dem Herr Salbrich die Herrschaft bei der „Bedag“ hat, ist das Schmarotkertum in schönster Blüte und stößt sich jeder eifrige anständige Fahrer geradezu „anheimeln“ in dem Betriebe. Wenn auch der Herr dieses schneidigen Herrn in letzter Zeit schon etwas schlief, so fängt er jetzt doch wieder mit doppelter Schneidigkeit an zu regieren. Am Tage der Parade erließ er den Befehl, daß die Fahrer früh um 6 Uhr vom Hof zu fahren haben mit dem Bemerkten, daß die Einnahmen an diesem Tage ganz enorm werden müssen. Die Fahrer besaßen den Befehl auch und nahmen auf den nächsten Halteplatz Aufstellung. Alsbald erschien Herr Salbrich mit einem Momente und für die Halteplätze ab, als er nun sah, daß die Fahrer auf dem Halteplatz

standen, jagte er sie nach dem Innern der Stadt. Ob Herr Salbrich die Kollegen schlaniern oder durch die erhobte hohe Einnahme den Pleitegeier von der „Bedag“ verschunden wollte, wissen wir nicht. Daß das Geld bei der „Bedag“ gerade nicht in Hülle und Fülle vorhanden ist, beweist ja der Geschäftsbericht. Wenn man aber denkt die Finanzen zu heben, wenn den Führern in jeder Weise Geld abgeklopft wird, so befindet man sich hierbei auf dem Holzwege. Nachdem alle Versuche, die Führer zu ständigen Sklaven zu erziehen mißlungen sind, ist man auf die schlaue Idee gekommen, den Führern die Autorität der „Bedag“ in klingender Münze begreiflich zu machen. Zunächst wurden Strafen verhängt, dann verpflichtete man den Fahrer für eventuellen Bruch aufzukommen und sollen sich schon einige Summe gefunden haben, die dem nachkommen. Obenbrein wird scharfer Terrorismus ausgeübt, indem die Führer gezwungen werden, in den gelben Verband zu treten. Herr Salbrich zeichnet sich darin besonders aus, „Ist über sich“ ist seine Parole, wer sich weigert diesem gelben Verein beizutreten, wird entlassen.

Wenn sich unsere Kollegen ähnliches erlauben würden, könnten sie bald mit dem Staatsanwalt Bekannntschaft machen.

Wie sieht es denn nun mit dem gelben Verband aus? Zunächst wollen wir bemerken, daß der Bekannnte der berühmte Arbeitswille, Butler- und Käsehändler Meinhold Will ist, der sich bei einer Gelegenheit den kniffligsten Auspruch erlaubte, den Transportarbeiterverband zu Grunde richten zu wollen. Dieser arme Kerl kann nur nicht seines Antles warten, da er gelegentlich einer Fahrt nach Ostel Loms Hülle den Finger zu weit in das Getriebe des Autos steckte und sich denselben abspulte. Jetzt liegt der arme Kerl im Krankenhaus und simuliert wohl abermals, wie er dem Transportarbeiterverband den Garaus machen kann. Wenn jetzt ein Streik ausbräche, dann würde Will ganz bestimmt aus Gram darüber sterben, daß er nicht abermals den arbeitswillingen Kaufkreiser spielen kann. Gleich bei der Gründung des gelben Vereins wurde für denselben seitens der Firma eine kräftige Bekannnt gemacht, daß Bankhaus Neuburger versteht sich auf solche Sachen.

Das Wohlwollen der Interessierten Kapitalisten wurde durch folgende Bekannntmachungen dokumentiert:

Die Direktion der „Bedag“ gibt bekannnt, daß sie dem in Gründung begriffenen

„Verein der Bedag-Droschkenfahrer“ eine Zuwendung von **2000 Mark** machen wird.

Bekannntmachung. Das Bankhaus Carl Neuburger, hier, gibt Bekannnt, daß es dem in Gründung begriffenen

„Verein der Bedag-Droschkenfahrer“ eine Zuwendung von **300 Mark** machen wird.

Bekannntmachung. Dem in Gründung begriffenen

„Verein der Droschkenfahrer der Bedag“ geben wir hiermit bekannnt, daß die Berliner Terrain- u. Bau-Gesellschaft dem neuen Verein eine Zuwendung von **500 Mark** machen wird.

Bekannntmachung. Wir geben hierdurch bekannnt, daß die A. C. C. G. E. Meyerler u. Co., München dem in Gründung begriffenen

„Verein der Bedag-Droschkenfahrer“ eine Zuwendung von **1000 Mark** machen wird.

Bekannntmachung. Wir geben hierdurch bekannnt, daß die Firma Gottfried Hagen in Kall dem in Gründung begriffenen

„Verein der Bedag-Droschkenfahrer“ eine Zuwendung von **300 Mark** machen wird.

Damit wäre die Vereinigung schon charakterisiert als das, was sie sein soll, eine nackte Unternehmerrschucherei.

Zum Ueberflus wird dies auch noch bestätigt durch ihre Statuten, die ein Weisheitskind der Direktion der „Bedag“ sind und wirklich auch ganz darnach ausfallen. Da heißt es:

Die Wohlfahrts-Einrichtungen umfassen:

1. Unterstützung durch Krankheit zeitweilige erwerbsunfähiger Mitglieder. Für die Unterstützung durch Krankheit werden sich hofentlich auch die Dummheiten beibehalten und der Vorsitzende Will kann ja hofentlich jetzt beurteilen, wie schön es ist, wenn man seitens der „Bedag“ durch Krankheit unterstützt wird. Bezüglich des Vereinsvorsitzandes, der über die Gewährung von Unterstützungen entscheidet, heißt es im Statut:

„Einer der Vorsitzenden, einer der Schriftführer und einer der Kassierer“ — also die Hälfte des Vorstandes überhaupt — „muß dem Beamteten-Personal der Bedag angehören.“ Die Wahl dieser Personen wird aber, wie zührend gültig, gnädigst den Führern überlassen.

Die Mitglieder dürfen ein Eintrittsgeld von einer Mark und pro Woche 25 Pf. Beitrag bezahlen. Dafür steht ihnen ein Rechtsanspruch an die Vereinskasse nicht zu, speziell nicht ein Anspruch auf Sterbe- und Krankengeld.“

Der vom gelben Verein gewährte Rechtschutz sieht laut Statut so aus:

„Die Vertretung von Straf- und Privatklagen in der Revisionsinstanz erstreckt sich nicht auf die Verteidigung durch einen Rechtsanwalt in den Terminen.“

Die Gerichtskosten und Stempelgebühren hat jedes Mitglied selbst zu tragen.“

Obwohl nun das Mitglied außer dem obigen Wohlwollen von seiner Mitgliedschaft gar nichts hat, erhält es bei einem eventuellen freiwilligen oder unwillkürlichen Austritt aus der Bedag mit „die Hälfte der gezahlten Beiträge zurück, jedoch nur von den Beiträgen, welche nach Ablauf der ersten drei Monate bezahlt sind.“

Mit solchen tödten Manneshauch hofft man die Fahrer von ihrer Berufsorganisation, dem Transportarbeiterverbande abwendig zu machen. Die Fahrer müßten tatsächlich dünner sein, als es die Polizei erlaubt, wollten sie auf solchen Wohl hineinfallen. Solche kapitalistischen Finessen und Schanheiten dienen nur dazu, den Arbeiter zeitiger, als es sonst der Fall wäre, die Augen zu öffnen. Unser Verband wird die Rechte der Fahrer zu wahren wissen, mag ob dessen der schon freisende Pleitegeier die ganze Bedag holen.

**Die Situation des Wirtschaftsmarktes.**

Vom Baumwollhandel.

Während der Präsident der Southern Cotton Association auf dem internationalen Baumwoll-Kongress, der in Wien tagte, den Baumwollspekulanten in einer heftigen Mißbilligung zu Leibe ging, waren die Baumwollmärkte unter der Führung nicht nur der Spekulanten, sondern auch der Farmer der amerikanischen Südstaaten der Schanplatz einer turbulenten Haufe. Seit Mitte des Monats Mai wurden jeden Tag von neuem aus dem Süden Schander Nachrichten gemeldet, nach denen beinahe anzunehmen war, daß dieses Jahr überhaupt keine Baumwolle wachsen würde und trotz ihrer zweifellosen Ueberreibungen wirkten diese Berichte bei den Kaufleuten, daß die Märkte ergriffen hatte, sehr nachteilig, während jede Besserung in den Witterungsverhältnissen kaum beachtet wurde. Daß übrigens die Witterung für die Baumwollkulturen seit Beginn der Saison zumeist ungünstig war, wurde auch von erster Seite, wie zum Beispiel dem Financial Chronicle zugegeben. Es mußte dieses Jahr ein ungewöhnlich großes Areal ausgegeben, und auch zum zweiten, ja selbst zum dritten Male angefangen werden, so daß einerseits der unter dem Preise der sehr hohen Preise beachtlich gewesene Weizenbau nicht durchgeführt werden konnte, andererseits die Schätzung der Anbaufläche im Regierungsbericht selbst den Anspruch auf volle Verlässlichkeit dieses Jahr wohl nicht hat. Den Durchschnittsstand haben unter anderem kürzlich Theodor Price mit 66,3, die Firma Norden mit 70,2 angegeben, während der Financial Chronicle, der seine Schätzungen sonst vor dem Regierungsbericht veröffentlicht, dieses Jahr wegen der für die Schätzung der Anbaufläche schwierigen Verhältnisse einen Bericht noch nicht herausgegeben hat. Der Regierungsbericht vom 4. cr. präsentiert sich im Vergleich zu den letzten Jahren folgendermaßen:

	1907	1906	1905	1904	1903
Durchschnittsstand Juni	70,5	84,0	77,2	83	74,1
Oktober	71,6	71,2	75,8	65,1	
Anbaufläche (i. Mill. Acres)	32,06	28,686	26,700	31,720	28,907
Ernte (in Mill. Ballen)		11,846	13,566	10,011	
nach Heller					

Was zunächst das Anbau-Areal betrifft, so wird es mit 32 Mill. Acres größer als selbst im Jahre 1904 ausgefallen. Die damalige Anbaufläche betrug 31,7 Mill. Acres, und die Ernte dieses Jahres war die bisher größte, doch wird die laufende Ernte (1906-07) hinter ihr kaum zurückbleiben, und aus diesem Grunde wurde die vorläufige Regierungsschätzung in betreff der Anbaufläche nicht als richtig angesehen. Nun nimmt das Regierungsbureau selbst eine Korrektur auf 32 Mill. Acres vor. Was den Durchschnittsstand betrifft, so werden die schlechtesten privaten Schätzungen (Laganon und Price circa 66, der Mill Giles circa 63) wohl nicht bestätigt, doch ist der Stand von 70% noch immer der weitaus ungünstigste im Verlaufe der letzten 20 Jahre. Denn nur zweimal wurde der Durchschnitt im Juniberichte im Verlaufe dieses Zeitraumes mit weniger als 80 ausgemessen, nämlich in den Jahren 1903 und 1905. Außerdem bringt die Zeit vom Juni bis zur Reife stets eine Verschlechterung des Durchschnittsstandes. Der ungünstige Beginn mußte daher einen umso stärkeren Einfluß auf die Märkte ausüben, als der Bedarf und die Entnahmen der Industrie außerordentlich groß sind. Man hatte aber allen schlechtesten Nachrichten in den Preisen bereits so ausgiebige Rechnung getragen, daß der an sich zuminst in Bezug auf den Stand der jungen Pflanzen sehr schlechte Bericht des Ackerbauamtes auf dem Terminmarkt in New-York eine geringe Abschwächung hervorrief, während der Preis der Widdling-Ware unverändert 12,90 Centis betrug. Das ist das höchste Preisniveau seit 1904. Der höchste und der niederste Baumwollpreis war nämlich in New-York:

1907:	12,90	Centis	und	10,55	Centis.
1906:	12,25	"	"	9,75	"
1905:	12,60	"	"	7	"
1904:	17,45	"	"	6,85	"
1903:	14,10	"	"	8,90	"

Der Preis von über 17 Centis wurde im Winter des Jahres 1904 während eines Corners verzeichnet. Am Schluss desselben Jahres ging der Preis unter der Einwirkung der Meteorolite des Jahres 1904 noch unter 7 Centis zurück. Die tausende Ernte 1906-07 wird hinter der von 1904-05 nicht zurückbleiben. Die große Zunahme des Konsums in den letzten Jahren hat es aber bewirkt, daß trotzdem eine so starke Preissteigerung Platz greifen konnte. Namentlich gilt dies von den feinen Qualitäten, die, wie aus der nachstehenden Zusammenstellung hervorgeht, im Preise noch ungleich stärker gestiegen sind als die geringeren Sorten. Ende Mai kostete nämlich in Liverpool

	1907	1906	1905
ordinary	5,57 Doll.	5,71 Doll.	4,36 Doll.
low middling	6,95 "	5,89 "	4,54 "
good middling	7,83 "	6,29 "	4,88 "

Die Spannung zwischen ordinary und good middling beträgt demnach zurzeit circa 2 1/2 Doll. gegen bloß 0,6 Doll. im vorigen Jahr. Trotz der vorjährigen sehr großen Ernte besahen also besonders für die feinen Sorten ganz ungewöhnlich hohe Preise und sie zeigen an, wessen sich die Industrie zu versehen hätte, wenn die kommende Ernte nicht nur qualitativ, sondern auch quantitativ ungenügend ausfallen sollte. Von einer guten Ernte kann jetzt nicht mehr die Rede sein, es bedürfte aber weiterhin bis zur Reifeperiode des besten Witterungsverlaufes, damit nur eine mittlere Ernte erzielt werde.

**Die Kohlenversorgung Deutschlands.**

Es ist bezeichnend für die andauernd große Aufnahmefähigkeit des deutschen Marktes, daß trotz der kräftigen Steigerung der Verformung mit Kohle die Anlagen über ein ungenügendes Angebot am Kohlenmarkt noch immer nicht verkommen wollen. Erst im April wieder hat eine im Vergleich zum Vorjahr ganz ausfallend starke Zunahme der Verformung gebracht. Noch vor kurzem hätte eine solche Steigerung vielleicht das Bedenken erregt, der Markt könnte überflüssig werden; nachdem aber die Stabilität der Preise trotz der jüngsten Abschwächung am Eisenmarkt sowie die neuerliche Belebung im Eisenwerke bewiesen haben, daß die Absatzverhältnisse am einheimischen Kohlenmarkt durchaus gesunde sind, ist auch die kräftige Ausdehnung der Verformung im April nur zu begrüßen. Im April der beiden letzten Jahre stellte sich nämlich die Verformung Deutschlands mit Kohle auf

	insgesamt Tonnent		pr. Kopf Kg.	
	1906	1907	1906	1907
Steinkohle	9 338 139	10 592 797	153,34	171,45
Braunkohle	4 545 437	5 714 189	74,38	92,45
Koks	1 381 781	1 501 947	22,69	24,31
Preßkoks	917 216	1 235 754	15,06	20,05

Die Versorgung mit Stein- und Braunkohle betrug im April dieses Jahres 16 309 986 Td. gegen 13 883 576 im April 1906. Eine gleich hohe Zunahme war in keinem April der letzten acht Jahre zu verzeichnen gewesen. Allerdings war im Jahre 1906 die Aprilziffer auch verhältnismäßig niedrig gewesen, nachdem der März damals eine starke Mehrverformung gebracht hatte. Im April hatte der Streik im mitteldeutschen Braunkohlenrevier gestiftet, der die Braunkohlenförderung ziemlich erheblich beeinträchtigt hatte. Nichtsdeßvon ist auch gerade die Verformung mit Braunkohle im April des laufenden Jahres besonders stark gestiegen. Es wäre indes falsch, die hohe Gesamtzunahme aus diesen Umständen allein zurückzuführen zu wollen. Vielmehr hat der umfangreiche Bedarf an der Steinkohle ebenso sehr zu der Steigerung der Verformung beigetragen. Das läßt sich leicht an der Bewegung des Außenhandels erkennen. Wenn der einheimische Markt nicht tatsächlich so verbrauchsfähig gewesen wäre, wie die Verformungsziffern angeben, so hätte das Kohlenhandelsbilanz leicht Mittel und Wege gefunden, um den außerordentlichen Zustrom englischer Kohle vom deutschen Markt abzulenken. Es hätte die Verformung seiner Kunden, für die es seit dem letzten Jahre englische Kohle herangezogen hatte, um sie nicht in Sicht zu lassen, wieder selbst überbrücken und England anschalten können. So aber fand, wie die Einfuhrziffern zeigen, auch im April englische Kohle willige Aufnahme in Deutschland. Die Einfuhr von Steinkohle, für die hauptsächlich England in Betracht kommt, betrug nämlich während des Aprils in Tonnent:

1904	634 158
1905	704 899
1906	736 499
1907	990 668

Die Einfuhr englischer Kohle hat also gegen 1904 um mehr als 50 pCt. zugenommen. Nun bestände in noch die Möglichkeit, daß das Kohlenhandelsbilanz durch Forzierung der Einfuhr einen Ueberschuß vom deutschen Markt abzulenkten, gesucht hätte. Kräftig zugenommen hat die Einfuhr wohl auch, aber doch durchaus nicht stärker als in anderen normalen Jahren. Sie betrug nämlich bei Steinkohle, die im Export ausschlaggebend ist, in Tonnent während des Aprils

1904	1 587 827
1905	1 315 869
1906	1 504 528
1907	1 858 126

1906 also war der Export auch stark gestiegen, allerdings hauptsächlich infolge des starken Rückganges, den der April 1905 gebracht hatte.

**Deutschlands Maschineneport im laufenden Jahre.**

Der Maschineneport hat in diesem Jahre eine recht befriedigende Entwicklung genommen; nachdem er im Jahre 1906 nur eine verhältnismäßig geringe

Steigerung erfahren hatte, hat die deutsche Maschinenindustrie nunmehr wieder dem Weltmarkt größeres Interesse zugewandt. Die Ausfuhr von Maschinen aller Art stellte sich während der ersten vier Monate der letzten Jahre auf Doppeltseiner:

1905	889 610
1906	943 720
1907	1 026 578

Nicht nur absolut, sondern auch relativ ist die Ausfuhr in diesem Jahre stärker gestiegen als 1906. Die geringere Zunahme 1906 ist nicht etwa auf die Wirkung der neuen Handelsverträge zurückzuführen, denn da wir die ersten vier Monate nehmen, gleichen die beiden ersten Monate vor Eintritt der Handelsverträge den Ausfuhrverläufe, den die beiden Monate nach dem Eintritt brachten, wieder aus. Nichts weiter als der Umstand, daß die deutsche Maschinenindustrie in diesem Jahre mehr Interesse an einer Forzierung der Ausfuhr hat, sei es wegen der glänzenden Lage des Weltmarktes, sei es wegen der bisher vielfach stetig verbleibenden Ausfuhr am Inlandsmarkt, hat die äußerst kräftige Zunahme der Ausfuhr bewirkt. An der Zunahme hat allerdings der März den größten Anteil, während im Januar und Februar die Ausfuhr ganz bedeutend hinter der vorjährigen zurückgeblieben war. In den einzelnen Monaten betrug die Maschinenausfuhr in Tonnent:

	1905	1906	1907
Januar	20 255	27 376	24 539
Februar	22 613	42 598	23 491
März	23 095	9 491	27 026
April	22 998	13 907	27 002

Ins Auge fallend ist die Spannung zwischen Februar und März 1906; sie ist deshalb aber für einen Vergleich von Januar auf April durchaus nicht störend, weil in beiden Monaten zusammen fast das gleiche Quantum ausgeführt wurde wie in diesem Jahre. Erst die erhebliche Steigerung, die der April gebracht hat, hat das Gesamtbild zugunsten dieses Jahres verschoben. An dem Aufschwung des Maschineneports im April haben vorwiegend die Maschinenarten teilgenommen; ganz hervorragend stark war die Zunahme der Ausfuhr von Maschinen für den Bergbau, Maschinen für die Industrie der Steine und Erden, sowie Dampfmaschinen. In diesen drei Gruppen sowie in einigen andern für die deutsche Ausfuhr wichtigen Maschinenarten stellte sich der Export im April auf Doppeltseiner:

Maschinen zur Bearbeitung von	1906	1907
Metallen	17 837	35 513
Bergwerksmaschinen	3 879	14 043
Maschinen für die Gruppe Steine und Erden	3 556	13 522
Dampfmaschinen	12 997	19 203
Dampfmaschinen	4 878	7 944
Andere Dampfmaschinen	13 177	33 842
Stich- und Zugschneidmaschinen	4 011	12 161
Brauerei- und Brennermaschinen	1 476	5 460

Verhältnismäßig wenig ist der Export von Lokomotiven im April gestiegen; allerdings nur im Vergleich zu den übrigen Maschinenarten; an und für sich ist indes die Zunahme von 6206 Doppeltseiner oder 50 pCt. noch immer recht befriedigend.

**Aus unserem Beruf. Bierfahrer.**

Berlin. Die Sektion der Bierfahrer, Milchwärter, Meserofahrer und Stallente aus den Weiß- und Bairisch-Bierbrauereien hielt am Mittwoch, den 19. Juni ihre Mitglieder-Versammlung ab, in welcher über die 6. Verbands-Generalfammlung und die im letzten halben Jahre stattgefundenen Lohnbewegungen Bericht erstattet wurde. Den Bericht über die Verbands-Generalfammlung gab ein Kollege, welcher zum Verbandsstag delegiert war. In längerer Ausführung wies derselbe auf die Fortschritte, welche der Verband in Bezug auf die Zunahme der Mitglieder gemacht hat, hin. Hierauf beschloß man sich eingehend mit den auf dem Verbandstage gefaßten Beschlüssen. Es wurde darauf hingewiesen, daß auch die Kollegen Bierfahrer eine ganze Anzahl von Lohnbewegungen mit gutem Erfolg durchgeführt haben und es auch nunmehr Pflicht der Kollegen sei, dafür zu sorgen, durch höhere Beiträge die Widerstandskraft der Organisation zu stärken. Berlin stehe immer noch auf einem Wochenbeitrag von 40 Pf., wogegen alle anderen Verwaltungen schon seit längerer Zeit einen Ortszuschlag von 10 Pf. erhoben hätten. Ferner wurde darauf hingewiesen, daß der Verbandstag beschlossen hat, den "Courier" adäquat erscheinen zu lassen.

Auch sollen die Unterstützungssätze mit Rücksicht auf die wirtschaftlichen Verhältnisse erhöht werden. Des weiteren wurde mitgeteilt, daß der Name des Verbandes geändert sei und derselbe vom 1. Juli an "Deutscher Transportarbeiter-Verband" heiße. Alle diese Änderungen, so führte der Berichterstatter aus, legen den Verwaltungen eine ganze Reihe von neuen Ausgaben auf, die eine Beitragserhöhung bedingen.

In der Diskussion wurde die Notwendigkeit einer Beitragserhöhung allseitig anerkannt, die Abstimmung ergab mit übergroßer Mehrheit das Einverständnis für Erhöhung der Beiträge um 10 Pf. pro Woche.

Im zweiten Punkt: Bericht über die im letzten halben Jahre stattgefundenen Lohnbewegungen teilte die Sektionsleitung mit, daß außer dem Tarifabschluß in den Bairisch-Bierbrauereien noch Tarifabschlüssen mit der Brauerei Engelhardt Nachfolger, Christoph Groterjahn, erste Berliner Weißbierbrauerei, Weißbierbrauerei der Gastwirte des Nordens, Westensee und mit dem Verein der Weißbierbrauereien vollenzogen sind, in welchen für alle Beteiligten günstige Lohn- und Arbeitsbedingungen erreicht wurden. Auch in einigen anderen Brauereien wurden trotz bestehender Tarife Lohnverbesserungen erzielt. Die Verammlung nahm

mit Genehmigung der Tätigkeit der Funktionäre Kenntnis und erlucht dieselben, die Interessen der Kollegen so wie bisher zu vertreten.

Berlin. Nachdem wir bereits in der Nr. 12 und 13 in der Lage waren, mitzuteilen, daß wir in diesem Jahre in den meisten Weißbierbrauereien Tarife abgeschlossen, ist es uns nunmehr gelungen, auch mit der Genossenschaft der Gastwirte des Nordens einen solchen zu vereinbaren. Derselbe hat folgenden Wortlaut:

**Tarif-Vertrag.**

Abgeschlossen zwischen der Genossenschaftsbrauerei der Gastwirte des Nordens, G. m. b. H., den bei ihr beschäftigten Kulischem, Milchwärtern und Arbeitern und dem Deutschen Transportarbeiter-Verband, Ortsverwaltung 2.

**A. Lohn.**

1. Die Fassfahrer erhalten einen Lohn von 25 Mf. pro Woche und außerdem für jede halbe Tonne verpackten Bieres 50 Pf. Spundgeld.
2. Die Fassbierfahrer erhalten einen Lohn von 33 Mf. pro Woche und zwar dergestalt, daß die Brauerei 18 Mf. und der Fahrer 15 Mf. zahlt.
3. Das Mithigen der Fässer geschieht durch das Fahrerpersonal, jedoch soll demselben bei besonders hartem Geschäftsgang eine Hilfskraft gestellt werden.
4. Die Meserofahrer erhalten einen Anfangslohn von 26 Mf. und nach einem Jahr einen solchen von 27 Mf. pro Woche.
5. Die Stallente erhalten einen Lohn von 28 Mf. pro Woche.
6. Die Flaschenfahrer erhalten einen Lohn von 21 Mf. pro Woche und außerdem für jede 3 Mf. verpackten Bieres eine Provision von 10 Pf., sowie für 100 zurückgebrachte leere Flaschen 20 Pf.
7. Falls Flaschenbierfahrer dauernd beschäftigt werden, erhalten dieselben einen Lohn von 25 Mf. pro Woche.
8. Arbeiter, welche im Subhaus beschäftigt werden, erhalten während der Wintermonate, d. h. vom 1. 10. bis 31. 3. einen Lohn von 30 Mf. und während der Sommermonate, vom 1. 4. bis 30. 9., einen solchen von 33 Mf. pro Woche.
9. Arbeiter, welche im Gärtler arbeiten, erhalten einen Lohn von 27 Mf. im Winter und 30 Mf. pro Woche im Sommer. Ueberstunden werden im ersten Jahre während des Bestehens dieses Vertrages von 6 Uhr ab und im zweiten Jahre von 5 Uhr ab mit 65 Pf. pro Stunde vergütet.
10. Der Stellmacher erhält einen Lohn von 27 Mf. pro Woche im Winter und 30 Mf. pro Woche im Sommer, und vom 2. Jahre ab durchweg 30 Mf. pro Woche.
11. Die im Flaschen Keller tätigen älteren Arbeiter erhalten einen Anfangslohn von 25 Mf. und nach einem Jahr 27 Mf. pro Woche.
12. Jugendliche Arbeiter unter 18 Jahren erhalten einen Lohn im Anfang von 18 Mf., von 18 bis 20 Jahren einen solchen von 20 Mf., hierauf steigend von 3 zu 3 Monaten um 1 Mf., bis der Lohn erreicht wird, welcher für ältere Flaschen Kellerarbeiter festgesetzt ist.

**B. Regelung der Arbeitszeit.**

1. Der Beginn der Arbeitszeit für Fahrer und Milchwärter wird in der Brauerei nach Bedarf geregelt und dauert bis zur Erhebung der Tour, jedoch soll dieselbe die Dauer von 1 1/2 Stunden nicht überschreiten, falls das Fahrerpersonal noch andere Arbeiten als die, welche zu ihrer Tour gehören, leisten müssen.
2. Die Arbeitszeit der Meserofahrer beginnt morgens 5 Uhr und endet abends 6 Uhr inkl. der Pausen, welche 3 Stunden täglich betragen.
3. Arbeiter, denen Prozente nicht gewährt werden, erhalten für Touren welche so liegen, daß die Arbeiter sich in der üblichen Mittagszeit, zwischen 12-2 Uhr in ihrer Behausung nicht beschäftigen können, 75 Pf. Gehalt, wenn die Touren einen halben Tag in Anspruch nehmen und 1,50 Mf. für Touren von mehr als einem halben Tag, wenn sie bis nach 4 Uhr dauern.
4. Die Arbeitszeit für Stallente regelt sich nach dem für Fahrer üblichen Beginn der Arbeitszeit und dauert 10 innerhalb 13 Stunden.
5. Die Arbeitszeit für im inneren Betriebe beschäftigte Arbeiter beträgt 9 1/2 innerhalb 12 Stunden.
6. Die im Betriebe beschäftigten älteren Kellerarbeiter sowie die Meserofahrer und der Stellmacher erhalten für Ueberstunden 55 Pf. pro Stunde bezahlt. Jugendliche Arbeiter erhalten für Ueberstunden 50 Pfennig pro Stunde.
7. Sonntagarbeiten sind soweit Flaschen Kellerarbeiter in Frage kommen, als Ueberstunden zu berechnen und dementsprechend zu bezahlen.

**C. Allgemeine.**

1. Eine Befristung für das Fahrerpersonal, des Sonntags zu arbeiten, besteht nicht, sofern die zu erledigenden Arbeiten am Tage vorher erledigt werden.
2. Dem im Subhaus und Gärtler beschäftigten Arbeiter, sowie den Meserofahrern und Stallenten ist jeder dritte Sonntag freigegeben.
3. In der Brauerei müssen, der Zahl der Arbeitnehmer entsprechend, bezahle Umkleeräume sowie Wasch- und Wabecinrichtungen bestehen. Für das Fahrerpersonal auch verpfändbare Spinden.
4. Die Kosten der Reparaturen der Schutzfelle für das Fahrerpersonal übernimmt die Brauerei.

- 5. Die in der Woche fallenden gesetzlichen Feiertage dürfen vom Lohn nicht in Abzug gebracht werden.
- 6. Bei Beendigung eines Arbeitsverhältnisses in der Woche, wird die Woche zu 6 Tagen gerechnet.
- 7. Die Lohnzahlung erfolgt freitags.
- 8. Die Gewährung des Hausrechts erfolgt nach den zur Zeit in der Brauerei hierüber bestehenden Bestimmungen.
- 9. Die Auslegung des § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches wird wie bisher gehandhabt.
- 10. Maßregelungen wegen Durchführung des Tarifes dürfen nicht stattfinden.
- 11. Dieser Tarif hat Gültigkeit vom 1. Juli 1907 bis 31. März 1910 und gilt auf ein weiteres Jahr, falls derselbe nicht 6 Wochen vor Ablauf von einer Partei geündigt wird.
- 12. Etwaige Meinungsverschiedenheiten, welche sich aus diesem Vertrage ergeben, werden von der Betriebsleitung gemeinsam mit einer Kommission der Arbeitnehmer unter Einziehung eines Verbandsvertreters geregelt.

(Unterchriften).

Durch diesen Vertrag erzielen die einzelnen Gruppen bedeutende Vorteile, unter anderem eine Zulage von 3 bis 5 Mk. pro Woche und außerdem ist die Arbeitszeit für alle Gruppen geregelt. Auch hier ist der Beweis erbracht, daß wir es verstanden haben, für die Kollegen einheitliche und vorteilhafte Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu schaffen. Wüßte der Kollegen ist es nunmehr, durch Festhalten an der Organisation diese Errungenschaften weiter auszubauen.

**Leipzig.** Einen recht annehmenden Erfolg hatten die Kollegen der Firma Friedr. Möbiager, Eis- und Bierhandlung, V.-Commiss, durch ihre Lohnbewegung zu verzeichnen. Wurde dieselbe doch für den einzelnen eine wichtige Zulage von 2-5 Mk. oder im Durchschnitt 3,60 Mk. Durch diese Lohnaufbesserung wurde erzielt, daß die Löhne der Beifahrer auf 24, und die Kutschertlöhne auf 27 bzw. 28 Mk. pro Woche festgelegt wurden. Noch im Jahre 1905 waren in diesem Betrieb Löhne von 18-20 Mk. angetreffen und schon damals gelang es durch einmütiges Vorgehen der Kollegen eine durchschnittliche Lohnaufbesserung von 3,50 Mk. die Woche durchzusetzen.

Durch vorstehendes ist wiederum der Beweis erbracht, was durch solidarische Verhalten der Kollegen ermöglicht werden kann. Öffentlich gerät dasselbe bei der Kollegenschaft nicht wieder in Vergessenheit.

**Leipzig.** Die Bierfahrer und Kellerarbeiter der Firma C. G. Conig erklärten sich im Jahre 1904 durch Arbeits-Einstellung eines Lohnstarfs, der wesentliche Verbesserung der vorhandenen Arbeitsbedingungen brachte. Nachdem sich aber die Firma im verflohenen Jahre aufgelöst bzw. mit einer anderen zu einer Genossenschaft vereinigt hatte, so mußten unsere Kollegen die unangenehme Wahrnehmung machen, daß der Tarifvertrag seitens der neuen Firma keine Beachtung fand. Dieses war nur dadurch möglich geworden, weil in diesem Betrieb ein Schmarotzersystem sich breit machen konnte, welches bestrebt war, die älteren Kollegen möglichst recht bald hinauszuwringen. Außerdem wurden aber die Kollegen in einer Weise behandelt, wie sie es vor dem überhaupt noch nicht gekannt hatten. Besonders war es der Buchhalter Baumstiel, der keine schlechte Laune immer bei den Arbeitern anbrütete und in seiner Nervosität und Ungereiztheit es sogar soweit trieb, an die Kollegen das Verlangen zu stellen, aus dem Verbanne auszutreten. Durch das Treiben dieses Herrn, der wie ein Falch schallte, wurden die Kollegen bis auf wenige aufgerüttelt und nunmehr das Verlangen an die Firma gestellt, die vorhandenen Mißstände zu beseitigen. Wiederholte Verhandlungen haben nun dazu geführt, daß diesmal ohne Arbeits-Einstellung der folgende Lohnstarf zur Einführung gelangt:

**Tarifvertrag.**

Zwischen der Firma C. G. Conig & Eckardt, Biervertriebs-Gesellschaft m. b. H. und dem deutschen Transportarbeiterverband (Verwaltungsstelle Leipzig) wird bezüglich der in diesem Betriebe beschäftigten Geschirrführer und Arbeiter nachstehender Vertrag vereinbart.

**Wochenlöhne.**

Der Wochenlohn bezieht sich auf 6 volle Arbeitsschichten einschließlich aller auf Wochentage fallenden Feiertage. Der Wochenlohn ist zahlbar freitags, spätestens unmittelbar nach Schluß der Arbeitszeit.

Jeder im Betrieb eintretende beginnt stets mit dem im Tarif festgesetzten Anfangslohn.

Es erhalten alle am Tage des Intraittretens dieses Abkommens bereits Beschäftigten, sowie alle von diesem Tage an zur Einstellung kommenden

**Fah-, Flaschenbier- und Beifahrer** einen Wochenlohn einschließlich der Provision von nicht unter 25 Mk. pro Woche. Die Wohliger Flaschenbierfahrer wird nur mit 20 Mk. entlohnt.

**Keller- und Hofarbeiter über 20 Jahre** erhalten einen Wochenlohn von 23 Mk., nach einjähriger Tätigkeit im Betriebe 24 Mk. Der Wohliger des Selterwassers erhält einen Anfangslohn von 24 Mk., nach einjähriger Tätigkeit im Betriebe 25 Mk.

**Flaschenkellerarbeiter unter 20 Jahren.**

Arbeiter unter 20 Jahren, welche im Flaschenkeller zu leichten Arbeiten verwendet werden, erhalten einen Anfangslohn von 18 Mk., nach einjähriger Tätigkeit im Betriebe 19 Mk.

**Auslösung.**

Auslösung für Fah-, Flaschenbier- und Beifahrer bei Landtouren darf nicht unter 1,50 Mk. pro Tag betragen.

**Höhere Löhne.**

Wenn schon höhere Löhne bestehen, so dürfen dieselben nicht gekürzt werden.

**Arbeitszeit.**

Die tägliche Arbeitszeit beträgt für das Hof- und Kellerpersonal 10 Stunden.

**Ueberstunden.**

Ueberstunden werden bei einem Wochenlohn bis 19 Mk. mit 40 Pf., bei einem Wochenlohn über 19 Mk. mit 50 Pf. pro Stunde entschädigt.

**Sonn- und Feiertagsarbeit.**

Für Sonn- und Feiertagsarbeit wird bis zu einem Wochenlohn von 19 Mk. pro Stunde 50 Pf. und bei einem Wochenlohn über 19 Mk. 60 Pf. pro Stunde gezahlt. Sonn- und Feiertagsarbeit, welche in halben oder ganzen Tageschichten geleistet werden muß, wird nach den Sätzen des Wochenlohnes entschädigt.

**Allgemeine Bestimmungen.**

Der § 616 des B.G.B. wird nicht außer Kraft gesetzt. Urlaub ohne Lohnfortzahlung wird gemäß, nach einschlägiger Tätigkeit 3 und nach zweijähriger Tätigkeit 6 Arbeitstage.

Arbeitnehmer, welche zu militärischen Übungen einbezogen werden, haben während der Dauer der Übung keinen Anspruch auf Lohn, dagegen erhalten sie bis zur Höchstdauer von 20 Tagen, sofern sie bis zu Beginn der Übung drei Monate im Betriebe tätig waren, eine Unterstützung von 3 Mk. pro Tag der Übung für Verzeiratsete, und von 2 Mk. pro Tag für Unverzeiratsete.

Dem Personal werden von der Betriebsleitung Schutzkleider zur unentgeltlichen Benutzung zur Verfügung gestellt. Reparaturen an denselben geben zu Lasten des Geschäfts.

Den Fah-, Flaschenbier- und Beifahrern werden die Ueberstunden nur dann entschädigt, wenn dieselben abends nach 1/2 6-Uhr nochmals auf Tour gefahrt werden.

Für den 1. Mai jeden Jahres erhalten alle im Betriebe abkömmlichen Arbeitnehmer, welche darum bis zum 25. April nachsuchen, Urlaub. Für den Tag dieses Urlaubs wird Lohn nicht gezahlt.

**Arbeitsnachweis.**

Die Firma verpflichtet sich, bei Bedarf von Arbeitskräften dieselben vom Arbeitsnachweis des deutschen Transportarbeiterverbandes (Verwaltungsstelle Leipzig) Volkshaus, Zeilstraße Nr. 32, III. Stg., Telefonnr. Nr. 3428 mit zu beziehen.

Der Nachweis geschieht unentgeltlich und steht der Firma das Recht freier Entschließung zu.

**Differenzen.**

Bei allen die Auslegung und Ausführung dieses Abkommens betreffenden Differenzen mit den Arbeitnehmern sind die Verhandlungen mit der Verwaltung des deutschen Transportarbeiterverbandes zu führen. Wird hierbei keine Einigung erzielt, so ist das Gewerbegericht Leipzig als Eingangsamt anzurufen und um seinen Schiedsspruch zu ersuchen. Diesem Schiedsspruch unterwerfen sich beide Vertragsparteien.

Dieser Vertrag tritt mit dem Tage der Unterschrift in Kraft und behält Gültigkeit bis zum 1. April 1909.

Leipzig, den 19. Juni 1907.

**Folgen die Unterschriften.**

Durch vorstehenden Vertrag sind die Lohn- und Arbeitsverhältnisse wiederum einer Verbesserung entgegengeführt worden und muß es Aufgabe der Kollegen sein, das Errungene anrecht zu erhalten. Die beste Garantie dafür bietet die Stärkung der Organisation.

**Droschkenführer.**

**Berlin IV.** Am 28. Juni 1907, abends 9 Uhr, fand in den Industrie-Festhallen, Beuthstr. 19-20, eine außerordentliche Generalversammlung des Vereins der Droschkenführer Berlins und Umgegend (Mitgliedschaft IV des Transportarbeiterverbandes) statt. Die Tagesordnung war:

1. Bericht der Delegierten von der Verbands-Generalversammlung. 2. Wahl eines Mitgliedes zum Hauptvorstand. 3. Geschäftliches.

Zum 1. Punkt nahmen die Kollegen Knitter und Kranz das Wort. Dieselben berichteten über den Verlauf der Verhandlungen und bemerken, daß ein Protokoll herausgegeben wird, welches ausführlich darüber berichtet. Zu bemerken ist, daß 108 Delegierte, davon 77 Mitglieder und 31 Angestellte des Verbandes vertreten waren. Auf der Tagesordnung standen 216 Anträge zur Beratung. Der Geschäftsbericht, welchen Kollege Schumann gab, nahm 4 1/2 Stunden in Anspruch, die Diskussion darüber einen vollen Tag. Dieselbe beschränkte sich auf Agitation, Einzeltsorganisation, Anschluß der Lokalbvereine, Bekämpfung der Sonntagsarbeit, Streiks, Entwicklung der Organisation und Klassenverhältnisse. Im weiteren wurde in Kürze über folgende Punkte der Tagesordnung berichtet und die dazu gefassten Resolutionen verlesen. Es waren dies: Unsere Stellung zur „Jugendorganisation“, die „Rechtsfähigkeit der Berufsvereine“, „Tarifverträge und ihre Bedeutung“ und „Der Zusammenschluß der Transportarbeiterorganisation Deutschlands und unsere Stellung dazu.“ Von den angenommenen Anträgen sind folgende hervorzuheben:

„Jedes Mitglied ist verpflichtet, vierteljährlich eine Streikmarke von 30 Pf. zu liefern.“

„Dauernd erwerbsfähige und solche Mitglieder, welche das 60. Lebensjahr überschritten haben, können sich, sofern sie mindestens 10 Jahre organisiert sind, ihre erworbenen Rechte durch Zahlung eines Wochenbeitrages von 10 Pf. sichern.“

In der Diskussion wurde bemängelt, daß der „Courier“ für die Gruppe Droschkenführer nicht genügend geschrieben hat und der Wunsch ausgesprochen, daß in Zukunft Abhilfe geschaffen wird.

Hierauf wurden folgende Anträge angenommen: „Die Zahlstellennachgeber werden angezweifelt nur Beiträge anzunehmen, wenn nach der V. Woche die Streikmarke

geliebt ist.“ Der 20. Pf.-Beitrag wird nur im Vereinsbüro, Schillingstr. 6, entgegengenommen. Weiter wurde folgende Resolution angenommen:

Die heutige außerordentliche Generalversammlung der Ortsverwaltung IV erklärt sich mit den Beschlüssen des Verbandstages voll und ganz einverstanden. Besonders begrüßt sie, daß mit der obligatorischen Einführung der Streikmarke der erste Schritt zur Schaffung eines Abwehrfonds getan ist. Die Anwesenden verpflichten sich, in den Betrieben unter ihren Kollegen für die Durchführung dieses Beschlusses Sorge zu tragen.

Hierauf wurde zum 2. Punkt „Wahl eines Mitgliedes zum Hauptvorstand“ geschritten. Dieser Punkt erregte eine unlesbare Diskussion. Zur Wahl standen die Kollegen Zeffing, Reich und Conringhausen. Gewählt wurde der Kollege Zeffing. Hierauf erfolgte Schluß der Versammlung um 1 Uhr.

**Berlin.** Am 27. Juni beschäftigte sich eine Versammlung der Vertretenden der Kraftfahrzeugführer eingehend mit der Frage: „Wie stellen sich die Kollegen zu dem Einzelfahren im Automobilbetrieb?“ Bekanntlich sind zu jeder Automobildrmaschine 2 Fahrer, einer für die Lenkung und einer für die Nachsicht, beschäftigt.

Die Unternehmer hatten nun in ihrem Abwehrverein die Absicht ausgesprochen, die Wagen einzeln gehen zu lassen. Es liegt dadurch die Gefahr vor, daß, abgesehen von einer Arbeitslosigkeit, welche dadurch entstehen würde, die Arbeitszeit bis ins Unerlässliche ausgedehnt werden könnte. Nach längerer Diskussion wurde folgender Antrag angenommen, welcher zugleich als Organisationsbefehl gelten und den Kollegen zur strengen Beachtung empfohlen werden soll:

„Die Arbeitszeit der Automobilführer beträgt in Betracht des austretenden und gefährlichen Berufes höchstens 10 Stunden. Der Anfang der Arbeitszeit ist möglichst früh und abends festzulegen.“ Der letzte Absatz erzeugte eine lebhafteste Diskussion. Sämtliche Redner sprachen sich dafür aus, daß diese Arbeitszeit mit aller Energie zur Durchführung gelangt, da durch das Halbtag- und Halbnachtfahren nicht nur die Arbeitszeit ausgedehnt wird, sondern für einzelne Kollegen, welche stundenweit von der Arbeitsstelle wohnen und gezwungen sind, mit der Bahn zu fahren, die Gefahr vorliegt, nach beendeter Arbeitszeit keine Fahrgelegenheit zu haben.

Hierauf kam zur Sprache, daß einzelne Kollegen 24 Stunden-Schichten eingeteilt haben, indem dieselben 24 Stunden hintereinander arbeiten und 24 Stunden frei haben. Es wurde dies auf das Schärfste verurteilt, da bei einer derartigen dauernenden Arbeitszeit nicht nur die Gesundheit des Fahrers ruiniert, sondern auch eine Gefahr für das Publikum besteht.

Es wurde angeregt, alle Betriebe, wo eine derartige Mordarbeit eingeführt ist, im Vereinsbüro zu melden, damit dagegen bei der Behörde, sowie Führer-Verbands-Genossenschaft Stellung genommen werden kann. Nachdem noch verschiedene Verursachen besprochen, erfolgte Schluß der Versammlung.

**Feinstreupoker.**

**Beuthen O.-Schl.** Wie weit die „Freiheit“ mancher Arbeitgeber geht, beweist folgendes: In dem Reinigungs-Institut des Herrn Jawakki sind die denkbar schlechtesten Lohn- und Arbeitsverhältnisse, unter denen die Kollegen sehr zu leiden haben. Damit dieselben über ihre traurige Lage durch andere Kollegen ja nicht aufgefährt werden sollen, hat dieser Chef einen besonderen Eid auszuführen versucht. Durch schriftliche Verpflichtungen wollte er seiner Konkurrenten, Herrn Ehr, sowie dessen Puffer zwingen, in keiner Weise mit den bei ihm beschäftigten Puffern zu verkehren.

Die Schriftstücke haben folgenden Wortlaut:

Beuthen, O.-Schl., den 28. 5. 07.

Hierdurch verpflichte ich mich, dafür Sorge zu tragen, daß der zurecht bei mir beschäftigte Feinstreupoker Sigmund während der Arbeitszeit mit keinem der Feinstreupoker des Herrn Jawakki sich unerschäft bzw. Verkehr pflegt.

Sollte Sigmund dem Verbot nicht Folge leisten, und wird er hierbei von mir oder Herrn Jawakki betroffen, so verpflichte ich mich ausdrücklich, p. Sigmund sofort zu entlassen.

**Feinstreupoker-Institut.**

Ich verpflichte mich hierdurch, mit den Feinstreupokern des Herrn Jawakki während der Arbeitszeit in keiner Weise zu verkehren und bin, im Falle ich dem Verbot entgegenhandeln sollte, mit meiner ausdrücklich Entlassung, unter ausdrücklichen Verzicht auf alle Ansprüche einverstanden.

Die Puffer müssen bei diesem feinen Herrn schlafen und erhalten außer Kaffee noch den fälschlichen Lohn von ganzen 70 Mk. den Monat, bei einer Arbeitszeit von früh 5 bis abends 8 Uhr. Die Verhandlung ist keine gute. Derselben und Blisse fehlt es oft, ebenso sind Schimpfworte wie Esel, Schie, Sch... usw. an der Tagesordnung. Obwohl ein Muster von Arbeitgeber, den vor allem das schöne Wort von Knigge zum eifrigen Studium zu empfehlen wäre.

Den Puffern aber ist zu raten, stets treu zur Organisation zu halten, dann wird man auch dem Herrn Jawakki zeigen, daß die Puffer kein Vieh, sondern Menschen sind und eine dementsprechende Verhandlung zu beanspruchen haben. Ebenso würde man diesem Herrn zeigen, daß wir bei Festsetzung des Lohnes und der Arbeitszeit noch ein Wortchen mitzureden haben.

**Gleiwitz.** Am 28. 5. berichtet die Puffer des Reinigungs-Instituts Liegner einen Tarifentwurf ein,

da ja der bisherige Lohn von 18 M. keineswegs den Verhältnissen entsprach.

Als Herr Liegner zu Unterhandlungen mit unserem Vertrauensmann sich nicht bereit erklärte, so legten sämtliche dort beschäftigten Fuger am 1. Juni die Arbeit nieder.

Nunmehr war Herr Liegner zu Unterhandlungen bereit, und wurde auch nach längerem Verhandeln eine Verständigung erzielt und zwar dahingehend, daß jeder Fuger 1,50 M. Lohnzulage erhält, mit 1/2 jährlichen Zulagen von 50 Pf. bis zum Höchstlohn von 21 M.

Wenn es auch diesmal noch zu keinem Tarifabschluß gekommen, so haben aber die Kollegen eingesehen, daß nur durch einmütiges Zusammenhalten etwas zu erreichen ist; daher stets treu zur Organisation gehalten, damit das Erzeugnis auch erhalten bleibt.

**Hamburg.** Wesentliche Versammlung der Fensterputzer am 13. Juni. Die Versammlung war ausnahmsweise sehr gut besucht, sogar fast alle Unternehmer, die eingeladen waren, nahmen daran teil. Ein Kollege referierte über „Gemeinsame Interessen für unser Gewerbe und Förderung derselben“. Er verstand es, an der Hand von Beweismaterial darzutun, daß die Unternehmer nicht die Sozialität unter sich halten, wie sie es in ihrem Verbandsorgan schreiben. Wenn eine Einzeligt bei Verhandlungen kommt man nicht, und eine Unterbietung an Preisen kommt da ans Tageslicht, die man sonst nur bei größeren Unternehmen gewohnt ist. J. B. hat ein Unternehmen für die Reinigung von einem größeren Gebäude 1000 M. bekommen, eine andere Firma macht es für 500 M. Also gerade die Unternehmer pflegen die Schmutzkonzurrenz. Wo bleibt da die Einzeligt? Die Glasreinigung, welche sehr hervorragend mit Schmutzpreisen auftritt, hat ja auch jetzt die Lorbeeren von der Weltausstellung 1906 zu ernten, indem Schmitze u. Meier, welche seinerzeit sehr tüchtig waren im Sammeln von Arbeitswilligen, jetzt die besten Kunden der Glasreinigung auf eigene Rechnung bedienen. Andere Firmen leisten ganz erstaunliches im Lehrlingsausbeuten, trotzdem eingetretene Leute genügend vorhanden sind. Das Vorgehen der Firma Strichs u. Neßts beweist am besten, wie die Unternehmer über die Organisation denken. Diese Firma leidet keinen organisierten Kollegen in ihrem Betriebe; sollte sich einer erdreisten, sich zu organisieren, so wird er solange drangsaliert, bis er vor Angst das Verbandsbuch herausgibt, das dann von der Firma verbrannt wird, um den roten Geist auszutreiben. Die meisten Unternehmer vergessen, daß sie selber Arbeiter gewesen sind und auch für Verbesserung ihrer Lage gekämpft haben, aber heute ist die Sachlage anders. Es werden sogar Beschlüsse gefaßt, lieber 1000 M. zu opfern, als den Arbeitern eine Meinigleit zu bewilligen. Würden die Arbeitgeber unseren Arbeitsnachweis mehr in Anspruch nehmen, würden sie auch tüchtigere Arbeitskräfte bekommen als jetzt; aber die Herren wollen sich nicht so weit erniedrigen. Lieber nehmen sie untaugliche Elemente mit vollen Armen auf, die in unseren Betrieben nicht genützt werden. Zum Schluß richtete Bauer einen Appell an die Unorganisierten, sich dem Verbands anzuschließen. (Beifall.) In der Diskussion sprach Bogener über eine Einigung der Parteien; solche wäre wohl möglich, wenn die Wege dazu angebahnt würden. Vor allen Dingen müßten die Kollegen unter sich einig sein und alle in den Verband eintreten. Nur mit der Macht des Verbandes könnte man etwas erreichen. Herr S. Weid, Unternehmer, kam in seinen Ausführungen auch auf die Schmutzkonzurrenz zu sprechen, und machte natürlich den Arbeitern den Vorwurf, die größte Schmutzkonzurrenz zu treiben. Daß bei Submissionen sehr niedrige Preise veranschlagt würden, gebe er wohl zu; aber das wären nur Firmen, die mit dem Wort halantun gekennzeichnet wären. Aber dieser Herr verfaßt, daß die meisten der erschienenen Unternehmer selber unter falschen Namen in den Verbandsverband, Herr Dallmann, gethelle vor allem die Schmutzkonzurrenz und freilich in seinen Ausführungen die Andeutungen des Referenten, war aber der Meinung, daß das Gewerbe nur geboten werden könne, wenn die Arbeiter dem Genuß des Alkohols nicht so fröhlich würden, wie sie es tun. Herr Harnisch, Olenken, gibt dem Arbeitsnachweis die größte Schuld, daß die Unternehmer nicht mehr da beständen, denn, wie dieser Herr behauptet, könnte er keine Arbeiter bekommen, und die Sekundärentlohn hätte einfach über seinen Betrieb die Sperre verhängt. (Daß dieser Herr den Tarif einfach durchbrochen und sein Ehrenwort nicht gehalten hat, das verschweigt er wohlweislich.) Herr Niemann, Geschäftsführer der Glasreinigung, gibt sein Bedauern kund, daß die Einladung an ihn persönlich gerichtet wäre; er könne zu dieser Sache wenig sagen, da die Zimung eine Geheimsache sei; man hätte die einzuladen. Herr Steiner versuchte, sich gegen die Angriffe zu rechtfertigen, fand aber sehr wenig gläubige Ohren. Herr Wötcher tat sich groß im Bestimmen eines organisierten Kollegen, was aber von Olenken sehr freudig zurückgewiesen wurde. Weiter und Sauerland warnen die Versammlung davor, sich mit den Kopfsteuern der Unternehmer füllen zu lassen, sondern streng zur Organisation zu halten; nur dann könne etwas erreicht werden. Herr A. Weid war der einzige, der einer Einigung eher geneigt ist; man solle eine Kommission wählen, welche mit den Unternehmern verhandele, damit man der Frage näher treten könne. Herr Hans Weid hatte sich mittlerweile Mühe angestrengt und brachte Sachen vor, die in der Versammlung nur stürmische Heiterkeit erregten; auch brachte dieser Herr es fertig, daß die angebotenen Verhandlungen scheiterten. Nach einer Erklärung des Herrn Dallmann vertieften die Herren den Saal.

**Badze.** Einen schönen Erfolg haben unsere Kollegen ohne Streit durch ihr einmütiges Zusammenhalten erzielt. Folgender Tarif wurde abgeschlossen:

**Lohns und Arbeitstarif** für das Glasreinigungs-Institut des Herrn Sach's im Jahre.

Für die Zeit vom 3. Juni 1907 bis 2. Juni 1908.

§ 1. Löhne. Alle bei Abschluß des Tarifs tätigen Fuger erhalten eine Lohnzulage von 2,50 M. pro Woche. Der Anfangslohn beträgt 20,50 M. pro Woche, steigend in einem Vierteljahr um 50 Pf. und in einem weiteren halben Jahr um 1 M. pro Woche. Für Anfänger beträgt der Wochenlohn 12 M., steigend nach je einem Vierteljahr um 1 M. pro Woche. Nach einjähriger Tätigkeit erhält der Betreffende den Wochenlohn der Fuger.

§ 2. Ueberstunden. Ueberstunden werden mit 50 Pf. pro Stunde bezahlt.

§ 3. Lehrlinge. Auf je 3 Fuger darf nur ein Lehrling angenommen werden.

§ 4. Arbeitszeit. Vom 1. Oktober ist die tägliche Arbeitszeit eine zehnständige innerhalb der Zeit von 6 Uhr früh bis 6 Uhr abends. Vom 1. Oktober bis 1. April eine neunständige innerhalb der Zeit von 7 Uhr früh bis 6 Uhr abends. Innerhalb dieser Zeit sind die Fuger berechtigt, bis zu 2 Stunden Eisenspaufen zu machen.

§ 5. Kündigung. Die Kündigung ist eine 14 tägige.

§ 6. Dieser Tarif gilt vom 3. Juni 1907 auf die Dauer von einem Jahre und läuft auf ein Jahr weiter, wenn nicht ein Monat vorher von einem Teil die Kündigung dieses Tarifs erfolgt.

Wettungsverschiedenheiten werden zwischen dem Arbeitgeber und dem Gewerkschaftsrat unter Hinzuziehung des oberer der beteiligten Arbeiter erledigt. In letzter Instanz entscheidet das Gewerbegericht.

Für die Firma: gez. Sidor Sach's.

Deutscher Transportarbeiter-Verband Gau II (Schlesien und Posen): gez. H. Zimmer.

Für die Mitgliedschaft Badze: gez. H. Becker.

**Handelsarbeiter.**

**Kempen.** Eine bittere Pille mußte der Oberschichtsmacher Oltmar Herz jun., Käsehändler in Southofen, schlucken. Wer aus dem Verbands nicht austritt, darf am Montag nicht mehr zur Arbeit kommen, so lautete der Befehl des gestrenghen Käsebarons. Bei dieser Gelegenheit hatte der Viere Arbeiterbeleg verlesen, der für die gesetzliche Kündigungsfrist bestimmten Lohn sowie die eigenartige Kaution an seine Arbeiter herauszugeben.

Unser Kollege S. verließ das schöne Ober-Allgäu, wo es Pflichten, aber anscheinend keine Rechte für die Arbeiter gibt und lam nach Kempen. Der Bevollmächtigte von Kempen war der Meinung, daß ein Gesetz, das für das ganze Reich seine Geltung hat, auch für einen Käsehändler in Southofen zur Anwendung gebracht werden könne und stelle deshalb Forderungen. Das Amtsgericht Southofen und mit ihm Herr Herz und seine Jengen waren der Ansicht, daß S. auch ohne die Aufforderung des liberalen Arbeitgeber in den damaligen Ausstand der Käselagerarbeiter getreten wäre. Aus diesem Grunde glaubte das Amtsgericht Southofen die Klage vollständig abweisen zu müssen, zumal Herz behauptete, daß er mit seinen Streikbrechern keinen großen Nutzen hatte. Um diese Sache in Fuß bringen zu können, mußte die Ortsverwaltung Kempen 82,40 Mark Kaution leisten, um die Garantie für die Kosten zu decken. Wie unter solchen Umständen ein Arbeiter zu seinem Recht kommen kann, überließ Schreiber dieses der Beurteilung der Öffentlichkeit. Gegen das Urteil leute der Klagevertreter Verfassung beim Landgerichte Kempen ein. Die Berufungsinstanz nahm als nicht erwiesen an, daß die Arbeiter und mit ihnen auch S. ohne die famose Aufforderung des Herz in den Ausstand getreten wären und verurteilte den Herzherzog des Allgäus zur Bezahlung des 14 tägigen Lohnes. Herausgabe der Kaution und zur Tragung sämtlicher Kosten. Das war eine bittere Pille, welche der Organisationsleiter schlucken mußte.

Für die Kollegen aber soll es eine Mahnung sein, für den Ausbau unseres Verbandes zu sorgen.

**Transportarbeiter.**

**Berlin.** Ein Nachspiel zum Transportarbeiterstreik vor dem Reichsgericht. Im August 1906 streikten die Transportarbeiter in Berlin. Bei der Firma Bauzimmer jedoch wurde anfangs deswegen nicht gestreikt, weil sie höhere Löhne bewilligte. Ein Mitglied des Verbandes der Filiale Berlin, der Arbeitsführer Carl Benschke war bei dieser Firma beschäftigt. Diese Firma zog plötzlich ihre Bewilligungen wieder zurück, die Folge war der Streik. Die Kollegen veranbarten, die Arbeit erst dann wieder aufzunehmen, wenn die Firma die Forderungen wieder bewilligt. Der Arbeitswillige Ulrich — nicht Mitglied des Verbandes, kam am Nachmittags des 20. August —

der erste Streiktag — um 7 Uhr in das Lokal, in dem die Streikenden anwesend waren, die ihn mit gebührender Beachtung empfingen. Als er ging, folgte ihm Carl Benschke. Er holte nun nach der Ankündigung zu dem Ulrich gefaßt haben: „Wenn Du nicht aushörst zu arbeiten und nicht in den Verband eintrittst, dann schlagen wir Dir die Knochen einzuweilen.“ Diese Worte gebraucht zu haben. Das Landgericht in Berlin gab in seinem Urteil selbst zu, daß der Arbeitswillige Ulrich „den Eindruck machte, als wenn er unter dem Einfluß des Alkohols stand“. Trotzdem aber war es der Meinung, daß Ulrich den Vorgang richtig (!) aufgefaßt habe. Deshalb wurde Benschke zu Gefängnis verurteilt.

In seiner beim Reichsgerichte eingeleiteten Revision rügt B. nun Verletzung des materiellen Rechts. Der § 153 der Gewerbeordnung und § 240 des Strafgesetzbuches sei verletzt. Die Arbeiter hätten ja zunächst gar nicht gestreikt. Dann habe die Firma die Bewilligungen wieder zurückgezogen. Danach handele es sich also um eine Verabredung zur Verhinderung der Verschlechterung von Lohn- und Arbeitsbedingungen, auf die die Arbeiter einen Rechtsanspruch hätten. Auch der Begriff der „Nötigung“ sei vom Vorberrichter verkannt.

Hiergegen wendet sich der Reichsanwalt mit einer Begründung, die nicht nur das ausserfame Interesse des Arbeiters, Transport- und Verkehrsarbeiterverbandes, sondern der Gewerkschaften überhaupt bedient: Die Tatsachen der §§ 152 und 153 der Gewerbeordnung habe der Vorberrichter „unwandfrei“ festgestellt. Es handelt sich um einen Streit zur Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen. Zunächst sei es fraglich, ob die Arbeiter dieser Firma, indem sie sich dem Streik angeschlossen, nicht schon dadurch den anderen im Streik befindlichen Arbeitern günstige Lohnbedingungen verschaffen wollten. Aber auch die Verletzung der erreichten Lohnbedingungen ist zur Erlangung günstiger Arbeitsbedingungen. Eine solche Verabredung liegt hier vor.

Auf Antrag des Reichsanwalts wurde die Revision des Kollegen Benschke vom II. Senat des Reichsgerichts verworfen. Der Senat schloß sich — unter dem Präsidium Freiherrn von Hiltow — den Ausführungen des Reichsanwalts an. Unser Kollege muß also ins Gefängnis wandern.

Nur noch eine Frage: Haben die deutschen Arbeiter ein Koalitionsrecht? Auf dem Papiere ja. In der Praxis aber schlägt das Reichsgericht den Arbeitern die letzte gesetzliche wirtschaftliche Waffe aus der Hand.

**Brake.** Auch hier ist ein, wenn auch nicht großer Fortschritt zu verzeichnen. Die auf Holzplätzen beschäftigten Arbeiter, welche zum größten Teil der Organisation angehören, beschlossen, in eine Bewegung zur Verbesserung der Löhne einzutreten. Die Forderungen wurden den Unternehmern unterbreitet und nach verschiedenen Verhandlungen kam es zum Abschluß folgenden Vertrages.

**Lohnstarif**

vereinbart zwischen den unterzeichneten Arbeitgeber einseits und den Arbeitnehmern andererseits.

- a) Die Arbeitszeit ist wie bisher, sie beginnt im Sommer um 6 Uhr morgens und endet um 6 Uhr abends. Die Pausen betragen: 1/2 Stunde Frühstück, 1 Stunde Mittag und 1/2 Stunde Wesper. Die Arbeitszeit im Winter bleibt der freien Vereinbarung überlassen.
- b) Der Stundentlohn beträgt für ständige Arbeiter 37 1/2 Pf., für nichtständige, sogenannte Gelegenheitsarbeiter 45 Pf. Für Arbeiten auf Dampfern inkl. Postkassen beträgt der Stundenlohn auch für ständige Arbeiter 45 Pf.
- c) Ueberstunden nach 6 Uhr abends und Sonntagarbeiten werden mit 50 Pf. bezahlt und wird jede angangene halbe Stunde für voll bezahlt. Die Arbeitnehmer sind erforderlichenfalls zur Leistung von mindestens 2 Ueberstunden verpflichtet.
- d) Akkordarbeiten unterliegen der freien Vereinbarung.
- e) Etwa bestehende bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen werden durch diesen Tarif nicht berührt, sondern bleiben nach wie vor bestehen.
- f) Dieser Vertrag tritt mit dem 3. Juni 1907 in Kraft und hat Gültigkeit bis zum 31. März 1909. Derselbe verlängert sich um ein weiteres Jahr, wenn er nicht spätestens 4 Wochen vorher von einer der vertragschließenden Parteien gekündigt wird.

Für die Arbeitgeber: F. B. D. Diebr. Hlertz, Karl Groß, Friedrich Schulte, vva. H. Plakmann u. Co. J. H. Bruns.

Für die Arbeitnehmer: Johs. Tsch. Gerhard Grün, Friedr. Telen, Wilhelm Meyer, August Fricke, H. Hoyer

Die erreichte Verbesserung beträgt pro Stunde 2 1/2 Pf. Für Ueberstunden, Sonntagarbeit, Postkassen und Dampferarbeit 10 Pf. pro Stunde. Wenn wie gesagt, auch nicht alles erreicht wurde, so können wir doch mit dem Erfolg zufrieden sein. Sache der Kollegen ist es nun, für den weiteren Ausbau der Organisation zu sorgen und die Indifferenzen herauszuziehen, damit auch die Gewähr für die Einhaltung des Tarifs gegeben ist. Wenn jetzt jeder Kollege seine Pflicht tut, dann werden bald alle Kollegen dem Verbands angehören, um so leichter wird es sein, weitere Erfolge zu erringen.

**Ipsoc.** Einen schönen Anfang der Saison unsere junge Zählstelle bereits berechnen. Kaum ein 1/2 Jahr besteht die hiesige Organisation und schon gelang es, die bisherigen teilweise recht mangelhaften Lohnverhältnisse zu verbessern. Das Bestreben, hier und dort eine tarifliche Festlegung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse herbeizuführen, gelang zwar nicht, aber das Erreichte ist doch schon zufriedenstellend. Im Betriebe der Abfahrtsfirma H. Wedmann werden 13 Kollegen beschäftigt, wovon sich allmählich 10 organisiert, so daß nuncmehr der Wunsch erwachte, den Lohnsatz von 20 und 21 Mt. pro Woche bei der schweren und schmutzigen Arbeit der Zeit entsprechend aufzubessern. Es wurde daher am 11. Juni beschlossen, bei dem Geschäftsinhaber wegen Lohnerböschung zc. vorstellig zu werden. Bevor die Kommission ihren Auftrag jedoch ausführen konnte, wurden die Kollegen Dohrn und Hoppe als „Mißliebige“ entlassen und so stellen am 12. die übrigen acht Kollegen ebenfalls die Arbeit ein, während die drei Unorganisierten weiter arbeiteten. Sofort eingeleitete Unterhandlungen führten zu keinem Resultat, da Herr Wedmann wohl eine Lohnerböschung auf 22 und 24 Mt. vornehmen, die Ausständigen aber absolut nicht wieder einfließen wollte. Der Streik ging weiter und da die Streikposten ihre Sündigkeit verloren, gelang es dem Unternehmer nicht, lästliche Strafzettel zu erhalten. Der Schmutz auf den Straßen und in den Häusern häuften sich und so erkrankte sich denn die hochwohlgeborene Polizei dieses Glanzes und trieb den Unternehmer des morgens regelmäßig die aufgearbeiteten und während der Nacht inhaftiert gewesenen Obdachlosen zu, sagte „selbstverständlich“ auch für polizeilichen Schutz bei der Arbeit usw. Bei dieser Gelegenheit konnte man wieder recht deutlich bemerken, daß die Arbeitgeber bei derartigen Zeiten die moralische Beschaffenheit der „nützlichen Elemente“ absolut nicht beachten, sind diese auch schon vielfach mit den Gesetzen in Konflikt geraten und haben verschiedentlich hinter „Schweibischen Gardinen“ haufen müssen, das tut der Liebe keinen Abbruch, da werden Zigaretten spendiert und zusammen getrunken, denn die Arbeitswilligen spielen ja den Kaufpreiser. Leider konnten es auch zwei Organisierte, Müller und Schölat mit ihrer Arbeiterehre vereinbaren, abzufallen und sich dem Unternehmer als Streikbrecher zur Verfügung zu stellen. Auch der pensionierte ehemalige Obernachtswächter Schulz hatte seine weichen Sandbüchse ausgezogen und sand es für gut, als Arbeitswilliger den um ein besseres Dasein kämpfenden Arbeitern in den Rücken zu fallen! Hoffentlich vergessen die Ipsocer Kollegen diese Heidenat nicht!

Inzwischen hatten die Kollegen bei der Firma C. Sievers ihrem Arbeitgeber einen Tarifentwurf vorgelegt, der u. a. eine Erhöhung des Wochenlohns von 10 auf 14 Mt. für Ledige und von 21 auf 24 Mt. für Verheiratete sowie Bezahlung der Ueberstunden und Landrenten vorschlug. Da Herr Sievers die Unterschrift verweigerte, erfolgte auch hier die Arbeitseinstellung am Morgen des 14. Juni, so daß hier der gesamte Betrieb ruhte. Die eingeleiteten Unterhandlungen ergaben, daß Herr Sievers sich leidet erklärte, 12 Mt. (inkl. Stoff und Logis) für Ledige und 24 Mt. für verheiratete Kaufleute zahlen zu wollen. Gleichzeitig lud Herr S. die Kommission zur Teilnahme an einer Sitzung der Futurunternehmer ein, dem bereitwillig zugestimmt wurde. In dieser Sitzung waren circa 15 Futurverleiher anwesend, von denen sich 14 verpflichteten, den Wochentlohn für verheiratete Kaufleute von 21 auf 24 Mt. zu erhöhen und für ledige Arbeitnehmer wöchentlich neben freier Kost und Logis 10 Mt. Lohn zu zahlen. Herr Sievers erklärte ferner, den bei ihm Beschäftigten unverheirateten Kaufleuten wöchentlich 12 Mt. Lohn zu gewähren und sämtliche Ausständige wieder einzustellen. Aber: „Unverheirateten doch nicht“ erklärten alle einmütig, ja einer der Herren meinte sogar: „Wenn wir unverschämter hebbt, sind wir unflämig verfloht!“ Die Meinung erregte bei der Kommission der Arbeiter keine geringe Heiterkeit. Mit der Firma C. Wedmann konnte nicht verhandelt werden, weil dieser Herr sich nach einer kaum fünf Minuten währenden Anwesenheit unerwartet wieder empfand. Die am gleichen Abend noch abgehaltene Versammlung der Ausständigen beschloß, hinsichtlich des Allgemeineinstandes von der Weiterführung des Kampfes wegen eines schriftlichen Tarifabschlusses abzusehen, sich mit dem Erreichten zu begnügen und andere Wünsche für die Zukunft zurückzustellen.

Bei der Abfahrtsfirma Wedmann endete der Kampf nicht so glänzend, da Herr W. auch am Sonntag Morgen für eine persönliche Unterhandlung unerschütterlich blieb, er wurde nachher jedoch telefonisch gekostet und erklärte dann, da er Leute genug habe, sei ein weiteres Verhandeln nicht nötig. Auf diese Erklärung hin verzichteten die Ausständigen auf die Weiterführung des Kampfes. In einer kombinierten Sitzung der beteiligten Gewerkschaften aber wurde einstimmig über den Betrieb des Herrn Wedmann die Sperre verhängt. Die Ipsocer Arbeiterschaft wird ersucht, von diesem Beschloß Kenntnis zu nehmen und ihm Wirkung zu verschaffen. Da auch die Firma B. den Lohn für die Arbeit von 20-21 Mt. auf 22-24 Mt. erhöhte, so ist hier ebenfalls ein Erfolg zu verzeichnen, wenn gleich die Ausständigen ihre Plätze nicht wieder erhielten. Mit den jetzt dort beschäftigten Streikbrechern mag Herr Wedmann fertig werden.

Unsere junge Zählstelle kann aber mit diesem Allgemeineinstieg wohl zufrieden sein, sind die Ränge seit Bestehen der Organisation, seit Anfang März, teilweise doch von 18 und 19 Mt. auf 24 Mt. erhöht, bezaglichen erzielten die unverheirateten Kaufleuten Aufbesserungen bis zu 3 Mt. pro Woche. Aber aus dem Verlauf dieses Streikes noch jeder Kollege

die eluzige Lechte ziehen, unsere Reihen durch unablässige Werberarbeit zu stärken, um den Kämpfen der Zukunft desto besser entgegenzutreten zu können.

**Waldenburg.** Was sich ein Arbeiter von seinem Chef alles gefallen lassen muß, 2 1/2 Jahr lang war Kollege J. bei dem Fuhrwerksbesitzer Klinter, hierleibt, als Kutscher tätig. J. mußte diese Stellung aufgeben, weil sein Chef nicht mehr imstande war, ihm den verdienten Lohn zu zahlen. Aus diesem Grunde lud dem betreffenden Herrn sämtliche Kutscher davongelassen, was mit denselben nicht verdenken können, denn wer 6 Tage arbeitet, will am 7. Tage wissen, was er verdient hat resp. seinen Verdienst in den Händen haben. Obiger Kollege war der letzte, welcher dies (Eldorado am 28. Juni d. J. mit einer Forderung von 17 Mark an rückständigen Lohn verließ. Klinter hatte aber wieder mal kein Geld und wollte sich auf eine höchst eigenartige Art vom Lohnzahlen drücken. Als unser Kollege bei seinem Abgange den Restlohn von 17 Mark verlangte, wurde ihm von Seiten seines Chefs bedeutet, daß er (der Kutscher) nicht mehr zu verlangen hätte, sondern noch zuzahlen müßte und rechnete dem Kutscher an:

Für 2 Jahre die Altersvorsich.-Beiträge pro Woche 10 Mk.	1050 Mk.
Für 1 gestellte Fuhr . . . . .	12 . . . . .
Summa	2250 Mk.

Demnach sollte J. noch an Klinter den Betrag von 550 Mk. rauszahlen. Letzterer hatte noch die Freiheit, dem J. mit einem Zahlungsbefehl zu drohen.

Unser Kollege war selbstverständlich mit dieser sonderbaren Rechnung nicht einverstanden, denn Klinter hatte von jeder die Versicherungsbeiträge selbst bezahlt und sich auch dazu verpflichtet. Die mit 12 Mt. in Rechnung gestellte Fuhr hat Klinter unserem Kollegen anlässlich einer Hochzeitsfeier gratis gegeben, welches durch Zeugen nachgewiesen werden kann.

Die Sache schwebt bereits vor dem Gewerbegericht und kommen wir später noch darauf zurück.

Wir haben nun wieder einmal den sprechenden Beleg dafür, wie weit manche Fuhrherren gehen, erst lassen sie die Leute Woche für Woche schuften, geben denselben aber nicht den vereinbarten Lohn, sondern wollen diesen noch auf eine höchst zweifelhafte Art und Weise an sich reißen.

Wir sind überzeugt, daß ähnliche Fälle schon vielen Kollegen passiert sind, dieselben aber nicht wußten, was anzufangen ist.

Organisiere sich jeder in Transportarbeiter-Verbande und werdele wird mit aller Kraft dafür sorgen, daß unseren Kollegen ihr Recht wird.

**Öffentliche und Mitglieder-Versammlungen.**

**Berlin.** Die Ortsverwaltung I (Berein Berliner Hausdiener) hielt am 14. Juni d. Mts. eine außerordentliche Generalversammlung ab. Neben Bericht von der fünften Verbands-Generalsversammlung standen noch die Regelung der Leitungsfrage, sowie Wahl eines Leiters und zwei Mitglieder der Revisionskommission zum Zentralvorstand auf der Tagesordnung. Wappler und Bernhardt berichteten über die dort gepflogenen Verhandlungen. Da die Unterstufungsleiter bei Arbeitslosigkeit in allen Staffeln um eine Woche verlängert, Streikunterstützung von zwei Tagen gestagt wird und die Sterbenunterstützung bedeutend erhöht worden ist, ohne eine Erhöhung des Verbandsbeitrages vorzunehmen, mußte daran gedacht werden, die erforderlichen Mittel hierfür auf eine den Mitgliedern weniger sichtbare Weise zu beschaffen. Da mit dem Wachstum des Verbandes die Massen in immer größerem Maßstabe für Streiks und Mahregelung in Anspruch genommen werden, ist für Ergänzung der Quittung in der Weise Vorstorge zu treffen, daß pro Quartal eine Streiklosmarkte à 30 Pfennige gestiftet wird. Mit übergroßer Majorität ist das 8 tägige Erscheinen des „Courier“ beschlossen. An der Versammlung wird es liegen, Mittel und Wege zu finden, um denselben den Kollegen rechtzeitig zuzuführen. Verschiedene Kollegen bemängelten, daß der Augenfrage zu wenig Zeit gewidmet wurde. Die Aufbringung der Streiklosmarkte durch eine Streiklosmarkte wurde angelehnt, das immer engeren Zusammenhanges der Unternehmer im Spandau- und Treibvorzweig und die uns mehr wie tiefer bedrückenden wirtschaftlichen Kämpfe aufzuheben. Mehrere Redner legten dar, daß, wenn man auch eine Verlängerung des Verbandnamens ohne weiteres zustimmen kann, es nicht schadet hätte, wenn man auch die Spandauerarbeiter, die doch gewissermaßen die Gründer des Verbandes sind und an Mitglieder die größte Kontingenz stellen, in dem Namen mit berücksichtigt hätte. Eine Resolution, die sich mit dem Verhalten der Delegierten einverstanden erklärt und die Kollegen verpflichtet, für die dort gefassten Beschlüsse einzutreten und zu wirken, wird mit großer Majorität angenommen. Die Zeitungsfrage wurde dahin erledigt, daß die Kollegen durch Handzettel auf die in jedem Bezirk einzurichtende Zählstelle hingewiesen werden, sich den „Courier“ selbst oder durch Familienangehörige dort abzuholen. Als Meister in den Zentralvorstand wurde H. Alsdorf einstimmig gewählt. Als Revisoren gingen aus der Wahl hervor die Kollegen Spiedermann und H. Webers. Nach einem dreimaligen kräftigen Hoch auf den deutschen Transportarbeiterverband schloß der Vorsitzende die von gutem Geiste besetzte Versammlung.

**Berlin.** Am Sonntag, den 23. Juni, fand eine gut besuchte Versammlung der Müllfischer, Schaffner und Bahnarbeiter der Wirtschaftsgewerkschaft Berl. Grundbesitzer statt. Kollege Alsdorf erstattete Bericht von der zu Pfingsten stattgefundenen 5. Verbands-Generalsversammlung. Nachdem derselbe die verschie-

den Beschlüsse, welche eine Statutenänderung nötig machen, betreffend die Streikunterstützung und Vererdigungsbeiträge, sowie die Einführung der Wagnereinstellungserklärung erörtert hatte, kam er noch auf die in der letzten Zeit von den Unternehmern besorgte Taktik, sich zu Verbänden zusammen zu schließen, zu sprechen. Aus diesem Grunde erklärt es sich auch, daß die Lohnkämpfe sich immer schwieriger und hartnäckiger gestalten. Aufgabe der Organisation muß nun sein, die Beiträge zu erhöhen, damit die Massen, wenn wir in einen Kampf ziehen, gutgefüllt sind. Der Redner ermahnte am Schluß seiner Ausführungen großen Besatz. In der sich hieran anschließenden Diskussion sprachen die Kollegen Dehn und Gensch, welche sich mit den Ausführungen des Kollegen Alsdorf einverstanden erklärten. Erörterer wies noch auf die Notwendigkeit hin, die Jugend der Organisation zuzuführen, sowie die Frauen in Versammlungen, wo wissenschaftliche Vorträge gehalten werden, mitzunehmen. Bei der hierauf erfolgten Abstimmung erklärte sich die Kollegen mit allen gegen 4 Stimmen mit dem Antrag der Ortsverwaltung, die Beiträge wöchentlich um 10 Pf. zu erhöhen, einverstanden.

**Eberfeld.** Am Dienstag, den 4. Juni 1907, fand in Eberfeld eine Mitgliederversammlung statt, welche ziemlich gut besucht war. Auf der Tagesordnung stand: 1. Bericht von der 5. Generalversammlung in Berlin. 2. Abrechnung vom 1. Quartal. 3. Bericht von der Gewerkschaftskommission. Kollege Deiminger verlas den, den anwesenden Kollegen ausführlichen Bericht zu geben. Es entspann sich eine lebhaft Diskussion hierüber, speziell über die Grenzstreitigkeiten mit den Brauerarbeitern bezw. der Wertfischer zc. Dann gab der Kassierer Kollege Mü die Abrechnung vom 1. Quartal. Es sind im Laufe des 1. Quartals 74 Aufnahme à 1 Mt., und sechs Aufnahmen à 50 Pf. gemacht worden. 2539 Beitragsmarken à 40 Pf. und 95 à 20 Pf. verkauft worden. Die Gesamteinnahme betrug 1316,74 Mt., die Ausgaben 374,39 Mt. An die Hauptkasse sind gesandt worden 865,60 Mt., mithin bleibt ein Kassenbestand von 86,85 Mt. Nachdem die Abrechnung geprüft wurde, dem Kassierer Deiminger erteilt. Dann gab Kollege Waldenbad den Bericht von der Gewerkschaftskommission, worüber sich auch eine lebhaft Diskussion entspann.

Am Schluß ersuchte der Vorsitzende die Anwesenden zu reger Agitation und Mitarbeit für den Verband, damit die Zählstelle Eberfeld einmal auf die Höhe käme, wo sie eigentlich schon sein müßte, wenn die Kollegen nicht so lange geschlafen hätten. Darauf wurde die Versammlung geschlossen.

**Salle a. S.** Die Zählstelle Halle hielt am 8. Juni eine äußerst zahlreich besuchte Mitgliederversammlung ab. Aus dem Bericht vom Monat März ging hervor, daß die Einnahmen gegenüber dem Monat April wiederum gestiegen sind. Durch lebhaft Agitation wurden 77 neue Mitglieder gewonnen. Das Mitgliederverhältnis ergab einen Ueberschuß von 179,28 Mark. Dann erstattete der Delegierte Bericht von der fünften Verbands-Generalsversammlung in Berlin. In einer Resolution erklärten sich die Anwesenden einstimmig mit den in Berlin gefassten Beschlüssen einverstanden und versprachen, für deren strikteste Durchführung Sorge zu tragen zu wollen. — Das bisherige Mitglied Anton Dempe wurde wegen Streikbruchs dem Zentralvorstand einstimmig zum Ausschuß aus dem Verbands empfohlen. Unter Verschiedenem machte der Vorsitzende auf mehrere demnachst stattfindende Veranstaltungen aufmerksam und ersuchte um rege Beteiligung an diesen. Bemerkenswert wurde noch, daß der Fuhrunternehmer Schade in den Kreisen der Geschäftsführer die Aussicht zu verbreiten suchte, daß jetzt die Gelegenheit da sei, um Forderungen durch Streik zu erzielen. Dieser Ansicht sei entgegenzutreten und zwar insbesondere, weil sie von einem Unternehmer ausginge, der dadurch nur erreichen wolle, daß die Geschäftsführer für ihn die Kosten aus dem Feuer holen sollten.

**Stiel.** Am 12. Juni fand unsere Mitgliederversammlung statt. Im Protokoll werden auf Antrag Graf und Wendt einige Veränderungen vorgenommen. Kollege Heidenreich teilt mit, daß der Unzug unseres Bureau in der nächsten Woche vor sich geht. Kollege Graf berichtet über die Verhandlungen der 5. Generalversammlung. Eine Diskussion entspannt sich über die Grenzstreitigkeiten zwischen Transport- und Brauerarbeiter. Vonseiten des Kollegen Martensen wurde noch auf den Wahlprotest hingewiesen. Eine Erhöhung der Entschädigung für Reiseführer wurde auf Antrag Meulle wegen der schlecht besuchten Versammlung bis zur nächsten Versammlung vertagt. Für den Kollegen Ferd. Joes soll der Hauptvorstand eine geeignete Persönlichkeit für die Hauptverwaltung vorschlagen. Im Verschiedenem wies der Kollege Meulle auf das Gewerkschaftsfest hin.

**Krefeld.** In unserer letzten Versammlung erstattete Kollege Schmitz Bericht über die Verhandlungen der 5. Generalversammlung. Anwendungen gegen die dort gefassten Beschlüsse wurden nicht erhoben. Kollege Kempen sprach hierauf über wichtige Punkte unseres Tarifes. Unter Verschiedenem wurde einstimmig beschlossen, eine Festlichkeit zu veranstalten.

**München.** In der am 16. Juni in den Zentralräumen stattgehabten gut besuchten außerordentlichen Generalversammlung berichteten die vier Verbandsdelegierten Koll. Döbler, Gähler, Müller und Eisenberger über die Tätigkeit der Verbands- und Hauptgeneralversammlung in Berlin. Sie führten aus: Ein glücklicher Zufall wollte es, daß unser Verbandsorgan, der „Courier“, vor Eröffnung des Verbandstages eine Auflage von 100 000 erreichte. Diese Tatsache ließ die Delegierten mit gehobenen Herzen in die Verhandlungen eintreten. Nicht zum wenigsten trug zur

guten Stimmung der Geschäfts- und Kasienbericht des Vorstandes bei, welcher eine bedeutende Besserung der Kasienverhältnisse (Bestand am Jahresabschluss 200 018,79 M.) aufweist. Rund 6 Millionen Mark wurden innerhalb der zweijährigen Berichtsperiode den Mitgliedern Mehre- verdienten erlöst, bei tausenden eine Lohnreduktion ver- hindert oder eine Verkürzung der Arbeitszeit erzielt.

Durch den Anschluß verschiedener Vorklubsvereine, wie der Berliner Hausdiener und Droschkeführer, sowie der in letzter Zeit erfolgte Anschluß der Tramdbahner, dürfte der Einheitsorganisation auch in diesen Kreisen freie Bahn geschaffen sein. Aber auch in den bereits zentralisierten Bruderverbänden der Eisenbahner, Seelente und Kasien- arbeiter gewinnt die Einheitsfront, daß nur eine geschlossene Macht dem stark koalitierten Unternehmertum Stand halten könne und ist gute Aussicht vorhanden, daß dieselben in kurzer Zeit sich uns anschließen werden. Jugendorganisa- tionen sollen in allen größeren Orten zur Einführung gelangen; ebenso wurde der Wert der Tarife für die Arbeiter betont und beschloffen, dieselben weiter auszu- bauen; da sie zurzeit die einzige Grundfrage bilden, einig- mäßigen Ordnung im Arbeitsverhältnis der Arbeitnehmer gegenüber den Arbeitgebern zu schaffen.

Energischen Protest legte die Generalversammlung ein gegen die Gesetzesvorlage „Die Wechselsfähigkeit der Berufs- vereine“ in der Fassung, wie sie bereits dem vorigen Verbands- tag vorgelegen und in dem letzten wiederbereiten dürfte.

Außerdem lagen 246 Anträge zur Erledigung vor. Das wöchentliche Erscheinen des „Courier“ ab 1. Juli d. J. wurde mit großer Majorität beschlossen, die Arbeits- losenunterstützung um eine Woche verlängert und den weiblichen Mitgliedern ferner auch bei Kindbett Unter- stützung gewährt. Die Streikunterstützung wird, wenn die Dauer über 3 Tage, vom 1. Tage ab bezahlt und erhalten Frauen und Kinder unter 15 Jahren je 1 M. extra pro Woche.

Die Mehrausgaben sollen durch eine pro Quartal zu lebende Extrabeitragsmarke, deren Höhe den einzelnen Ortsverwaltungen anbelegestellt ist, gedeckt werden. Der Betrag darf jedoch nicht unter 30 Pf. betragen.

Mit allgemeinem Beifall wurde die Mitteilung auf- genommen, daß der bisherige lange Titel des Verbandes einfach durch „Deutscher Transportarbeiterverband“ ersetzt werde und daß die nächste Verbandsgeneralversammlung in München tagen wird.

In der nun folgenden Diskussion anerkennt sämtliche Redner die gedeihliche Arbeit des letzten Verbandstages und die Notwendigkeit eines festen Zusammenschlusses gegenüber den auch in unserem Berufe immer stärker werdenden Unternehmerorganisationen und fand hierbei auch die Geschäftsleitung des Hauptverbandes volle Würdigung.

Hierauf wird einstimmig beschlossen, den vierteljährlichen Extrabeitrag dem bereits am Orte üblichen Wochenbeitrag zu 45 Pf. gleichzustellen und tritt derselbe ab 1. Juli d. J. in Kraft.

Für den als Ortsverwaltungsmitglied zurückgetretenen Rolf Zoller wurde Koll. Birnberger gewählt und dann die Verammlung geschlossen.

**München = Führer.** Die Arbeitgeberverbände im Handels-, Transport- und Verkehrsgewerbe, deren Pläne und Vorgehen gegen die in diesem Berufe tätigen Ver- sionen.“ So lautete das Thema, über welches unser Gau- leiter am 16. Juni vor einer zahlreich besuchten Versamm- lung referierte.

Redner führte in seinem zweifelhingigen ausführlichen Vortrage der Anwesenden vor Augen, wie notwendig es ist, daß wir uns mehr und mehr um unsere eigene Sache und unsere Kasien kümmern, um dem terroristischen Vorgehen der Unternehmer, betr. Ausperrungen, standhaft widerstehen zu können, denn die Arbeitgeberorganisationen verstehen es vorzüglich, sich nicht nur sehr zusammen- zuschließen, sondern sie schaffen sich auch, durch Gründung der gelben Gewerkschaften, denen sich in Punkt Streit- brecherdienste auch die Kirch-Zimmerischen und ähnlichen Organisationen ebenbürtig anreihen, eine Stütztruppe.

Der reiche Beifall an Schluß dieser Ausführungen zeigte, wie sehr der Referent den Anwesenden aus dem Herzen gesprochen hatte.

Ein Geschäftsordnungsantrag, welcher mit Majorität angenommen wurde, verbandete allerdings leider eine weitere Diskussion, nachdem nur ein Redner hierzu ge- sprochen und noch einige in die Redezeitlinie eingezeichnet waren. Nach einem kräftigen Appell seitens des Vor- sitzenden, sich Mann für Mann der Organisation anzuschließen und auf die Arbeiterpresse zu abonnieren, konnte, nachdem sich auch einige Kollegen anschließen ließen, die gut ver- laufene Versammlung geschlossen werden.

**Eingesandt.**

„Wer nicht hören will, muß fühlen!“ Auch ich bin nun eine Erfahrung reicher geworden, und zu dem Bewußt- sein gelangt, daß wir Hausdiener uns garnicht genug um unsere elende Lage bekümmern können und vor allem um die Mittel, dieselbe zu verbessern, wenn wir uns vor argen Enttäuschungen bewahren wollen.

Werte Kollegen! Ihnen allen sind wohl noch die uner- quällichen Beileiterleistungen des Ausschusses des „Ver- eins Berliner Hausdiener“ an den Transportarbeiterver- band“ in Erinnerung, sobald sich ein Eingangs darauf erobrigt. Bemerkten will ich nur, daß auch ich einer jener Toren war, der auf die „Argumente“ etlicher Kollegen hörte, sie für wahr hielt, und mit unter die „Opposition“ ging. Sagte man doch: „Zust nur erit den Verband unsern Verein „inuns“ haben, dann haben wir garnichts mehr zu befehlen, dann werden wir nicht nur sehr bald 40 Pf. bezahlen, nein, der Beitrag wird noch vielmehr erhöht werden, und bald werden wir 60 Pf. und noch mehr zahlen müssen. Unsere 70 000 M. wird der Verband bald klein haben und im Ueberflus, wozu brauchen wir einen Verband? Streiken können wir Hausdiener doch nicht.

Diese „Schlagworte“ schienen mir durchaus stichhaltig und durchschlagend und ich kann Ihnen versichern, Kollegen, ich machte ziemlich „kräftig Opposition“. Ja viel hat ver- schiedentlich nicht gefehlt daran, daß ich bestimmten Kollegen, die man bei jeder Gelegenheit als „Brecher“ und „Lumpen“ bezeichnete, wirklich zu Leibe ging.

Nest, wo sich die Gemüter aber einigermaßen beruhigt haben, kann man ruhig und völlig objektiv urteilen, und ich behaupte zunächst: Wäre nicht seitens einzelner alter „Kollegen“ eine künstliche Unruhe in die Reihen der Kollegen hineingetragen worden, hätten sich keine Vor- kommnisse, wie die in unsern letzten Versammlungen bei Gips und Kellers, abspielen können. Ja ich behaupte ferner, und ich habe jetzt keine Ursache mehr, ein Blatt vor den Mund zu nehmen, würde man die Spur der wirklichen Urheber der sogenannten Oppositionspartei nach- gehen, dann müßte man die Entdeckung machen, daß diese „Nachfolger“ sich teilweise mit bestimmten Vorstandsmit- gliedern des Vereins in einem sonderbaren, persönlichen Verhältnis, insolge irgend welcher Vorkommnisse befanden, teilweise aber bei einer event. Abjagung des Vorstandes oder gar Neugründung eines Vereins, glaubten ihr „Schäffchen ins Trotzen“ bringen zu können. Diese Gruppe war noch durch solche Kollegen unterfützt, denen eine blöde Verein- serei über alles geht. Mit aufgeblasenen Waden und zornrotem Gesicht schmeitete man nun die obengenannten Schlagworte unter die Masse derjenigen Kollegen, die sich aus purer Nachlässigkeit bislang absolut un garnichts ge- stimmert hatten und fand, was leicht erklärlich ist, auch Abgang unter denselben. Soweit alles gut und verständlich. Nach der Oppositionspartei war der Vorstand des Vereins Berliner Hausdiener nicht mehr fähig, die Interessen der Mitglieder zu vertreten, von selber wollte derselbe sein Amt nicht niederlegen, ergo mußte eine neue Organisation geschaffen werden, in welcher jedes Mitglied eine bessere Interessensvertretung finden sollte. Wir dümmen, leicht- gläubigen, betrogenen Menschen! Konnte wohl eine solche „Interessensvertretung“ von Personen gegründet werden, die garnicht mit uns fühlen und mit uns denken, sich garnicht in unsere erbärmliche elende Lage hineinbeugen können, weil sie niemals wahre Not, wirkliches Elend und nackte Armut kennen lernten? Nein Kollegen, niemals! Die letzten Begebenheiten in unserer Vereinigung, der ich auf immer den Rücken kehrte, beweisen uns Klipp und klar, wach- weisses Kind einzelne Personen des Vorstandes der Ver- einigung sind.

„Großmütig“, bespottlicher wie ein rigoroser Unter- nehmer „gewährt“ er „seinen“ Angestellten 6 und 10 Tage Urlaub, obgleich dieselben verpreden, ihre Arbeit selber wieder nachzuholen, sodas die Vereinigung nicht den ge- ringsten Schaden trägt. Uns Kollegen haben wir eigentlich keine Ursache, diese Angestellten zu bedauern, weil sie sich ja auch selber die Suppe, die sie sich eingebrockt haben, nun auslöffeln müssen, aber als Menschen un uns diese beiden Kollegen, die in Interesse einer Sache, wenn es auch ein falscher Standpunkt war, mit ihrer ganzen Person eintraten und an ihrer Gesundheit merkwürdigen Schaden litten, von Herzen leid. Wie kann wohl ein Vorstand, der so rigoros verfährt, dieselben Forderungen für die Kollegen- schaft fordern und wenn es nötig ist, erklämpfen? Aber, das ist ja auch nicht der Wille dieser Personen, sie ereifern sich und werden wütend, daß ein Kollege aus unserer Mitte das Wort Kampfororganisation gebraucht, und wie bitterer Spott auf unsere Interessen mutet uns das Arrangement des Sommerfestes in der „Neuen Welt“ an. Was würde wohl dieser Vorstand dazu sagen, wenn das Militär uns selber, genau wie den ehrlichen Arbeitern, den Berufsmustern, das Brot nehmen würde? —

Wie können aber ferner Vorstandsmitglieder eine moderne Arbeiterorganisation leiten und führen, die Mit- glied der die organisierten Arbeiter bekämpfenden Krieger- vereine sind und als intime Freunde einiger Kriminalschug- leute zählen?

Kollegen! Arbeitsbrüder! Ich veröffentliche diese Zeilen hier, weil sie unser „Geschäftsdiener“ jedenfalls doch nicht hätte annehmen dürfen, wir sind bitter betrogen worden! Wir wurden von einigen gewissenlosen Menschen geprellt. Wir sind aus dem Regen in die Traufe gekommen. Seien wir uns dieser schmerzvollen Situation bewußt und schütteln wir als wirklich „freie Organisation“ das despotische Joch dieser einzelnen Personen, die ich nicht zu nennen brauche, da sie für alle wohl kennen, ab, erst dann wird unsere Vereinigung, der sonst gleich mit viele Kollegen den Rücken kehren werden, wirklich emporschießen, erst dann wenn wir aufrechte Kollegen, deren wir genug unter uns haben, an die Spitze unserer Organisation wählen, Kollegen und Vorstandsmitglieder, die mit uns fühlen und leiden, als Führer an unsere Spitze stellen, die nichts zu befehlen und zu bestimmen, sondern das auszuführen, was wir gemeinsam beschließen, wird es uns möglich sein, in unserer Organisation eine wahre Interessensvertretung, eine Kampfororganisation zu erblicken, die uns armen, ge- knechteten und entrechteten Handelsfahrern menschen- würdigere Berufsverhältnisse verschaffen kann.

Ein ehemaliges Mitglied der „Oppositionspartei“.

Nachbemerkung der Redaktion. Wie diesem Kollegen, dessen Namen wir nur verschweigen, um ihn nicht der Demagogienmut der „Selben“ zu überliefern, wird es sicherlich auch einer großen Anzahl anderer gehen, nur daß sie sich ihren Gefühlen keine Luft zu machen getrauen. Die Zeit ist eben noch immer die beste Bekräftigerin gewesen. Wir können hier daher mit gutem Gewissen und festem Ver- trauen der Situation überlassen, zumal Eügen noch all- zumal recht kurze Weine haben.

**Verschiedenes.**

Alkoholisismus und Betriebsunfälle. Im fran- zösischen Unfallgesetz ist die in unserm Gewerbe- Unfallversicherungsgesetz die Trunkucht nicht herüd- richtig. Mag der Unfall auch durch die Schuld des betrunkenen Arbeiters verursacht sein, verantwortlich

bleibt das Betriebsunternehmen, bezgl. die Berufs- genossenschaft. Die unbillige Behandlung des Ver- trunkenen ist von seiten des Gesetzes eine ganz ver- schiedene. Kant ein Arbeiter im angetrunkenen Zu- stand seine Hand in ein Fahrrad und verunglückt, so wird er entschädigt; wenn er in demselben Zustand seinen Nächsten mit einem scharfen Werkzeug angeht, so wird er bestraft. Neuerdings werden Stimmen hörbar, den Alkoholisismus in der Unfallgesetzgebung zu berücksichtigen. Legra in zeigt hierzu auf Grund einer achtjährigen Statistik, daß nach der Zahl der Unfälle die Bremer und Desslaleure mit 300 auf 1000 gleich nach den Breitscheuern 400 pro 1000 und Fulrenten (333 pro 1000) kommen, obwohl der Beruf der ersteren vom Standpunkt der Unfallgefä- hrlichkeit einer der günstigsten ist. Wie sehr der Alko- holismus für die Unfallstatistik in Betracht zu ziehen ist, zeigt sich aus der Verteilung der Unfälle auf die einzelnen Wochentage. Donnerstag steht an der Spitze mit beinahe der Hälfte aller Unfälle; dann kommt Sonnabend, an dritter Stelle Dienstag u. s. f. Will der Einführung der Abstinenz nimmt die Unfallziffer beträchtlich ab.

**Au die Ortsverwaltungen im Gau 8. Werte Kollegen!**

Hierdurch berufen wir eine **Gau-Konferenz** für Thüringen und Hessen-Kassel (Gau 8) ein. Die- selbe findet statt am

**Sonntag, den 28. Juli, vormittags 9 Uhr,**  
im  
**Restaurant Tivoli, Erfurt,**  
**Magdeburgerstr. 51.**

**Tages-Ordnung:**

1. Die Beschlüsse des 5. Verbandstages.
2. Der innere Ausbau der örtlichen Verwaltungen.
3. Die Regelung des Eintastierwesens.
4. Unsere Taktik bei Lohnbewegungen.

Wir ersuchen nunmehr die Kollegen aus allen in Betracht kommenden Ortsverwaltungen unverzüglich die Wahlen der Delegierten vorzunehmen.

**Verwaltungsstellen bis zu 200 Mitglieder wählen je 1 Delegierten. Verwaltungsstellen über 200—500 Mitglieder wählen je 2 Delegierte. Verwaltungsstellen über 500 Mitglieder wählen je 3 Delegierte.**

Die Namen und Adressen der Gewählten, so- wie der Zeitpunkt ihres Eintreffens in Erfurt ist bis spätestens den 20. Juli dem Kollegen

**Karl Knörer, Erfurt, Magdeburgerstr. 51,**  
mitzutellen.

Etwasige Anträge zu dieser Konferenz sind eben- falls bis zu demselben Tage an obige Adresse zu richten.

Mit kollegialem Gruß

**Der Vorstand.**

J. A. Oswald Schumann.

**Briefkasten.**

Ueber verschiedene Lohnbewegungen, die mit Er- folgen für die Verbandsmitglieder endeten, haben wir in der letzten Zeit keine Berichte erhalten. Sollen derartige Bewegungen aquitatorisch wirken, dann ist eine bessere Berichterstattung dringend notwendig.

**W. H.**  
Weiß, Berlin. Sprich bitte mal in der Redaktion wegen deines Aufrufes vor.

**B. Bremen.** Den Schwindel des Internationalen Zentralblattes zu widerlegen, wäre unendige Plagio- schwendung.

**G. Mannheim.** Dein Artikel erscheint bestimmt in nächster Nummer.

**D. München.** Die Veröffentlichung des Proto- kolls der Scharmachttagung erfolgt in nächster Nummer.

**Verwaltungsstelle Berlin IV.**

Vor zirka 4 Wochen hat sich ein Automobilfahrer am Anhalter Bahnhof eine Luftpumpe geliehen. Der Kollege, welcher dieselbe verliehen hat, wird gebeten, diese Zeitstr. 27 bei Heldt abzuholen. (Wagen Nr. 4218).

Die Verwaltung.

Verantwortl. Redakteur: R. Brischke, Nummernburg. Verlag der Buchblg. „Courier“, D. Schumann-Berlin. Druck: Maurer u. Dimmid, Berlin, Waberbstr. 37.